

Verkauf von
Abonnementpreis
 monatlich 60 Pf.
 vierteljährlich 1,50 M.
 halbjährlich 2,80 M.
 jährlich 5,50 M.
 Durch die Post bezogen
 1,00 M. mehr bezugsfähig.

Die Zeitungspreise
 (Abonnementpreise)
 durch die Post nicht bezogen
 der halbe monatlich 10 Pf.
 vierteljährlich 30 Pf.

Katalog Nr. 1047.
 Verlagsgesellschaft
 Verlagsort Halle/Saale.

Wohlfahrt

Abonnementpreis
 monatlich 60 Pf.
 vierteljährlich 1,50 M.
 halbjährlich 2,80 M.
 jährlich 5,50 M.
 Durch die Post bezogen
 1,00 M. mehr bezugsfähig.

Die Zeitungspreise
 (Abonnementpreise)
 durch die Post nicht bezogen
 der halbe monatlich 10 Pf.
 vierteljährlich 30 Pf.

Katalog Nr. 1047.
 Verlagsgesellschaft
 Verlagsort Halle/Saale.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Der nächste Reichstag.

Bei den Nachwahlen zum Reichstage hat die Sozialdemokratie glänzende Erfolge errungen, denen sich noch weitere anschließen werden. Man sieht deutlich, wie die reaktionäre und volksfeindliche Politik der Regierung immer größere Wählermassen zur entsetzten Opposition treibt und wie das Vertrauen des Volkes zu allen „Kaiserhaltenen“ Parteien rapid dahinschwindet. Nur in den dunkelsten Zentralschichten mag es beim alten bleiben; sonst geht es auch für das Zentrum nicht ohne Einbußen ab, während Konservative, Nationalliberale, Freiwähler, Agrarier und Antisemiten enorme Verluste zu verzeichnen haben. Das ständige Wahlgewehr, das sich durch in der ganzen gemäßigten Presse erhebt, ist angenehme Musik für unsere Ohren.

Unausgesprochen, schreibt das Ganze. Es werden sich furchtbar viele Leute unter unserer Wählergesellschaft die Hände in die Mandate im nächsten Reichstage der Sozialdemokratie zu gefallen werden. (Der konservative Professor Debraud hat 120 Mandate für die Partei ausgerechnet. Neb.) Alle sind sich darüber einig, daß wir in bisher noch nicht dagewesener Stärke aufzutreten werden. Nun, für uns sind die Mandate der Wähler höchst in dem großen Klassenkampf nicht und wir bezweifeln nie, daß unsere Stärke in den unteren Klassen marshallierenden Volksmassen selber liegt. Darum brauchen wir aber die Bedeutung einer starken Fraktion im Reichstage nicht zu unterschätzen.

Wenn die dem Erfahrenen verständlichen Reichen nicht trügen und wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, die in der ganzen Situation tiefgehende Veränderungen herbeiführen, so wird die sozialdemokratische Fraktion im nächsten Reichstage die gleiche Größe erreicht sein. Schwere Zeiten sind die letzten Jahre bis 1908 nicht ohne Grund und der Zukunft wird, wie die Nachzahlen beweisen, ein ganz anderer sein. Das Zentrum, das bisher die stärkste Fraktion mit immer etwa hundert Mandaten bildete, wird von der Sozialdemokratie vermutlich überflügelt werden. Die Nationalliberalen und der Freiwähler werden, wo sie neue Mandate erobern, dies wesentlich nur auf Kosten der Konservativen erreichen.

In der liberalen Presse beschäftigt man sich damit, zu ergründen, was die Sozialdemokratie in dieser neuen Position tun wird. Man sucht uns bereits eine Mission zu geben. Der schwarz-blaue Wad, heißt es, müsse getrümmert werden, und die Sozialdemokratie müsse einsehen, daß sie einen starken bürgerlich liberalen oder fortschrittlichen Rückfall im Reichstage nicht entbehren könne. Vor allen Dingen müsse sie sich hüten, sich von der Schlaufe des Zentrums einzufangen und sich zu dessen Bundesgenossen oder gar Gefolgschaft machen zu lassen.

Nun, der infolge seiner eigenen Kurzsichtigkeit und Verbohrtheit auf die absteigende Linie gedrängte und beinahe schon zusammengebrochene Liberalismus nimmt sich recht willfährig an, wenn er uns „sälts“ Rathschläge geben will. Leute, die noch mit der Väterlichkeit der konservativ-liberalen „Bourgeois“ behaftet sind, sollten sich doch nicht ihres politischen Geistes und Wisses schon wieder rühmen. Die Sozialdemokratie hat sich noch niemals in den Dienst des Zentrums gestellt und wird sich niemals in denselben stellen. Sie wird auch niemals auf den Keim eines neuen „Kulturkampfes“ eingegangen, auf den der deutsche Liberalismus jetzt durch das Zentrum in Verbindung mit dem römischen Stuhl gelockt worden ist.

Es gehört bekanntlich zu den Eigenheiten des Antiliberalismus und ehemaligen bürgerlichen Demokratie, sich zum Erteilen guter Ratschläge an die Sozialdemokratie berufen zu können. Da man dort den Klassencharakter der Arbeiterbewegung nicht versteht, so ist man immer noch der Meinung, die Arbeiter werden eigentlich in Folge des Antiliberalismus und der bürgerlichen Demokratie und seien nur durch „Verhöhnung“ ins sozialdemokratische Lager gekommen. Die Zustimmung darüber braucht jüngst auch in einer Rundgebung eines Führers der fortschrittlichen Volkspartei durch, der meinte, man müsse die Wählerpartei gegen die Konservativen ausgeben, nicht um der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen, sondern um den Konservativen eine Niederlage zu bereiten. Da geht es sich doch recht, daß die liberale Politik nur ist: Ein hoher Darm, voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarml. Uns sollte es recht sein, wenn die fortschrittliche Volkspartei beständig gegen die Konservativen sich halten wollte. Aber wir wollen es abwarten; denn die Erfahrungen, die wir gemacht, sind nicht geeignet, uns optimistisch zu stimmen.

Wenn wir aber nicht gewillt sind, die Zentrumschleife zu tragen, so werden wir den Antiliberalismus — den „entfesselten“ und den wackeligen — nicht minder scharf unter die Lupe nehmen, wie das Zentrum.

Wenn bei den Wahlen der schwarz-blaue Wad getrümmert und damit die reaktionäre Mehrheit gebrochen ist, so muß der Kampf gegen die reaktionären und volksfeindlichen Hinterlassenschaften des Junkertums in aller Schärfe entbrennen. Das werden die Wähler, und zwar mit vollem Rechte, verlangen. Da gilt es mit in letzter Linie, Sturm zu laufen gegen die chinesische Mauer, mit

welcher die Junker und Agrarier Deutschland von der übrigen Welt abgesperrt haben, um unsern Völkern die notwendigen Lebensmittel zu verteuern und es um schöner Gewinnes willen auszuopfern. Da wird man sich daran erinnern, daß vor acht Jahren beim Kampf gegen die Wollwucherergölle die Freiwähligen der Sozialdemokratie in den Rücken fielen, und man wird sich erinnern, daß die Nationalliberalen immer die Schildknappen der Junker gemacht und sich erst kürzlich für die Aufrechterhaltung und Fortsetzung der agrarischen Steuerpolitik ausgesprochen haben. Und was werden wir erleben, wenn gegen die unfeinliche Steigerung der Zölle, die wir abgeben für die Einführungen zu Wasser und zu Lande angekämpft werden soll, was die oppositionellen Wähler doch auch mit Zurecht erwarten? Was werden wir erleben, wenn neue Steuern gefordert werden, nachdem der Antiliberalismus aller Späthierungen im vorigen Jahre sich bereit gezeigt hat, 400 Millionen neuer indirekter Steuern zu bewilligen?

Spricht man sonach von dem starken bürgerlich liberalen und fortschrittlichen Rückfall, den die Sozialdemokratie im neuen Reichstage haben werde, so müssen wir erst abwarten, wie dieser „Rückfall“ aussehen wird. Da beschließen uns eigentümliche Erinnerungen. Wenn nun die Regierung einem solchen liberalen „Rückfall“ mit Auflösung des Reichstages droht? 1884 zerteilte die durch eine solche Drohung erschreckten Freiwähligen das Sozialistengesetz für Bismarck. Lebensfalls sind die nationalliberalen Schildknappen der agrarischen Junker das Gegenteil eines solchen Rückfalls. Dennoch legen die Antiliberalen mehr Wert darauf, dieses nationalliberale Vollstehen zu Bundesgenossen zu haben, als mit der Sozialdemokratie gemeinsam gegen die Reaktion anzukämpfen. Die Idee eines Wades von Bebel bis Reumann ist ein Traum und nicht einmal ein schöner Traum. Der habituelle Großdank für den Reichstag nicht vorfindlich sein; denn die großen Fragen, die den Militarismus, die Agrar- und Kolonialpolitik usw. betreffen, stehen nicht auf der Tagesordnung des Parlaments eines Kleinparlamentes.

Aus allen diesen Dingen ergibt sich, daß für die Sozialdemokratie über die Bahnen, die sie im neuen Reichstage einschlagen hat, heute schon keine Zweifel bestehen können, gleichviel, wie die Wahlen auch ausfallen mögen. Dagegen beginnen die Schwankungen heute schon bei dem „entfesselten“ Antiliberalismus, der sich mit dem total reaktionär gewordenen Nationalliberalismus verbindet und verschlingt mit ihm — wie im zweiten württembergischen Wahlkreise — gegen die Sozialdemokratie aufzubrechen.

Da sollte man doch nicht heute schon große Sprüche mit diesem „bürgerlich liberalen Rückfall“ machen. Findet die Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen die Reaktion wirklich von bürgerlicher Seite entscheidende Unterstützung, so werden wir uns freuen. Aber wir wollen sie erst sehen!

Die Herren von Preußen.

Zu der Nachricht über den Erwerb der in den Kreisen Lübeck und Groß-Strelitz in Ober-Schlesien gelegenen 108 600 Morgen großen Besitzungen des verstorbenen Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg-Bernigerode durch den Grafen Zieles-Windler wird es am Plage sein, anzugeben, wie gering die Zahl der deutschen Großgrundbesitzer in Polnisch-Ober-Schlesien ist, welche ungeheure Flächen Landes ihr eigen nennen. In Betracht kommen nur diejenigen fünfzehn ländlichen Kreise Ober-Schlesiens, welche nach der Volkszählung vom Jahre 1906 mehr als 60 Prozent polnischer Bevölkerung haben. Es sind das die Kreise: Beuthen, Josef, Ratiboritz, Kreuzburg, Lublitz, Reichenhagen, Oppeln, Ratibor, Rosenberg, Wohlitz, Groß-Strelitz, Larnowitz, Tschelmsitz und Jauer, deren Gesamt-Einwohnerzahl am 1. Dezember 1906 1 512 464 betragen hat.

Die Verteilung des deutschen Großgrundbesitzes in diesen Kreisen zeigt uns nachstehende Tabelle, die auf Grund des schlesischen Güter-Adressbuches vom Jahre 1906 bearbeitet wurde und in unserem Ratiboritzer Parteiblatt Gazette Robotnica zur Veröffentlichung gelangte.

Größe des Grundbesitzes in Hektar	Zahl der Besitzer	Gesamtfläche in Hektar
100 - 200	42	6 208,12
200 - 300	32	8 173,62
300 - 400	20	7 272,53
400 - 500	19	8 348,65
500 - 600	22	11 969,44
600 - 700	14	8 986,06
700 - 800	12	8 932,9
800 - 900	10	8 325,8
900 - 1000	5	4 714,7
1000 - 1500	26	30 940,11
1500 - 2000	14	28 409,16
2000 - 3000	10	28 284,31
3000 - 4000	9	30 370,0
4000 - 5000	5	22 381,5
5000 - 6000	1	5 810,0
6000 - 7000	3	20 300,5
7000 - 8000	1	7 165,4
8000 - 9000	3	25 832,0
10000 - 20000	8	39 232,19
20000 - 30000	3	72 945,5
30000 - 40000	1	38 394,5
40000 - 50000	2	42 498,0

Es ergibt sich also, daß im Jahre 1906: 267 Großgrundbesitzer in 15 ländlichen Kreisen Polnisch-Ober-Schlesiens über fast 600 000 Hektar, d. h. fast die Hälfte der Gesamtfläche dieser Kreise verfügten. Eine Handvoll Personen besaß demnach die Hälfte des polnischen Zehles Ober-Schlesiens! Die größten Besitzer waren:

1. Herzog von Liegt 42 001,0 Hektar
2. Fürst von West 40 437,0 „
3. Herzog von Ratibor 33 394,5 „
4. Fürst zu Stolberg-Bernigerode 28 517,0 „
5. Prinz Lobenlohe-Ingolstadt 26 489,0 „
6. Graf Orendel Fürst von Donnerstag 21 942,2 „

Insgesamt besaßen diese sechs Besitzer „nur“ rund 200 000 Hektar Fläche! Die Besitzungen des Fürsten zu Stolberg-Bernigerode sind namentlich in die Hände des Grafen von Zieles-Windler übergegangen. Graf v. Zieles-Windler hatte nach dem schlesischen Güter-Adressbuch im Jahre 1909 Güter im Umfange von 14 880,8 Hektar. Daß dem namentlichen Erwerb besitzt er jetzt Güter in einem Gesamtumfange von 40 897,3 Hektar Fläche!

Von der Gesamtfläche des deutschen Großgrundbesitzes in Polnisch-Ober-Schlesien waren im Jahre 1906 108 600 Hektar (10,8 Prozent) in 15 Kreisen ausgemäht.

Von der Gesamtfläche von 288 Großgrundbesitzern waren im Jahre 1906: 64 „gewöhnliche“ Adelige, 14 Barone und Freiherren, 32 Grafen, 7 Fürsten und Herzöge und 8 Könige (von Preußen, Sachsen und Württemberg).

Gewöhnliche Adelige	Barone und Freiherren	Grafen	Fürsten und Herzöge	Könige
70 520,77 Hektar	11 458,25 „	117 707,56 „	198 616,80 „	21 686,89 „

Das macht im ganzen „nur“ 419 989,07 Hektar. Beinahe die Hälfte des Polnisch-Ober-Schlesiens war also im Jahre 1906 im Besitze von nur 120 Adels- und Magnatenfamilien.

Vergegenwärtigen wir uns, daß diese dieser Magnatenfamilien im ober-schlesischen Industriegebiet noch manche Hütten- und Erzküppen, Hütten und andere industrielle Anlagen besitzen, daß die schwere Industrie außerdem in Händen von ebenfalls riesigen Aktiengesellschaften vereinigt ist, daß der Fiskus ebenfalls über ausgedehnte Hütten- und Hüttenwerke verfügt, so haben wir vor uns das Bild der gutgewählten kapitalistischen Ordnung in Polnisch-Ober-Schlesien. Auf der einen Seite eine Handvoll von Ausbeutern, auf der anderen dagegen Hunderttausende polnischer Industrieller und Landbesitzer, deren Lebensaufgabe darin besteht, ihren Ausbeutern fortwährend neuen Reichtum zu schaffen und selbst in Rot und Glend, dahin zu regieren.

Das alte Gewissen.

Aus Berlin wird uns noch über das Thema geschrieben: In Berliner Regierungskreisen, besonders in der Umgebung des Reichstagspräsidenten, herrscht die Meinung, daß die Regierung vor dem bevorstehenden Reichstagswahlkampf eine Reformpolitik durchzuführen hat. Diese Reformpolitik habe Veranlassung gegeben, eine fräftige Bekämpfung sozialdemokratischer Bestrebungen in Aussicht zu nehmen.

In Wänden soll diese Bekämpfung durch ein „großartiges Heilungsunternehmen“ erfolgen, dessen Produkte mit Hilfe des Großkapitals billig gemacht werden sollen, daß sie alle anderen Wähler aus dem Felde schlagen. Angeblich soll das Kapital dieses Unternehmens 4 Millionen betragen, wovon 2 bereits gezeichnet seien, die Jahresausgabe soll nicht weniger als 1,8 Millionen betragen. Es wird angebetet, wenn auch nicht behauptet, daß an anderen Orten ähnliche Unternehmungen geplant seien.

An der Werbung des Vater, Kurier ist zum mindesten soviel richtig, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Gegner der Sozialdemokratie alle Hebel in Bewegung setzen werden, und daß man sich auf einen Wahlkampf gefaßt machen muß, wie in Deutschland noch keiner erlebt worden ist. Schon deshalb tun die sozialdemokratischen Arbeiter gut, zu dem bevorstehenden Kampf mit allen Kräfte zu rüsten und sich nicht von ihren Gegnern in eine Stimmung der Siegesgewißheit hineinreden zu lassen. Alle Basen über den angeblich zu erwartenden Wandlungsgeheim der Sozialdemokratie beruhen auf ziemlich willkürlichen Schätzungen und sind wertlos. Haben sich auch seit 1907 die sozialdemokratischen Stimmen im Durchschnitt der Reichswahl um etwa 5 Prozent vermehrt und sind gleichzeitig die gemäßigten Stimmen ungefähr in dem gleichen Maße zurückgegangen, so kann daraus auf den Ausgang der allgemeinen Wahlen kein sicherer Schluss gezogen werden. Die Berechnungen der Gegner zeigen nur, ein wie schlechtes Gewissen sie haben und wie gütlich sich dadurch die allgemeine Lage für die Sozialdemokratie gestaltet hat. Die Ereignisse mit allen Kräfte ausgenutzt werden, damit der Ausgang der Wahl nicht noch für die Feinde der Arbeiterklasse eine angenehme Enttäuschung wird.

Politische Übersicht.

Salle a. S., den 6. Juli 1910.

Was der Justizkommission.

In der Fortsetzung der Beratung über die §§ 296 und 297 am Freitag hat sich die Debatte in allererster Linie darum, ob ein gerichtliches Protokoll nur dann angeordnet und zur Unterlage eines Revisionsverfahrens gemacht werden kann, wenn es gefertigt ist oder ob eine Unrichtigkeit im Protokoll genügt, die Ansetzung zu rechtfertigen. Den letzteren Standpunkt vertreten außer unseren Genossen, von denen ein sehr großer Teil einer Protokollanordnung angeführt wurde, auch einige Zentrumsglieder. Nationalliberale, Konserverne und der Antimilitarist wenden sich gegen diese Forderungen. Und ein von Konserverne Seite gestellter Antrag ging in seiner weitestgehenden Tendenz noch über die Regierungsvorlage hinaus.

Von den Verehrlichen des sozialdemokratischen Antrags und des Antrags Würde — dessen Inhalt wir im letzten Bericht skizzierten — wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß durch den Regierungsentwurf und den Konservernen Antrag die Wahrheitserforschung in beträchtlichem Maße eingeschränkt werde. In der Abmahnung wurden die prinzipiell bedeutenden Anträge abgelehnt und der Regierungsentwurf mit unwesentlichen Änderungen angenommen.

Der 7. Abschnitt des 2. Buches handelt von dem Schwur, den die Richter bei der Einnahme der Urkunde leisten. In der Diskussion sprachen sich die Konservernen, national-liberalen und antimilitarischen Abgeordneten unterzeichneter Anträge, der eine prinzipiell wichtige Forderung für die Bindung der Geschworenen forderte. So wurde in erster Linie verlangt, daß die Geschworenen nur unter den gleichen Bedingungen abgelegt werden können, die für die Ablehnung der Richter und Schöffen gelten. Nach dem geltenden Recht kann ein Geschworener im Gegensatz zu den Schöffen ohne ein Verlangen von Gründen abgelehnt werden. Ferner soll nach dem Konservernen-nationalliberalen Antrag die Zahl der Geschworenen von zwölf auf neun herabgesetzt werden. In der Diskussion sprachen sich die Konservernen, der Reichsrichter und vor allen Dingen außer Genossen gegen den Antrag aus. Während aber aus den Reihen der Zentrumseute im Grundsatz eine Neigung zur Herabsetzung der Zahl herauskam, waren unsere Genossen scharf gegen jede verminderte Zahl der Geschworenen gerichtet. Je kleiner die Zahl der Geschworenen werde, je enger werde der Kreis der Bevölkerung, aus dem die Richter genommen werden. Schon heute sei die Auswahl der Geschworenen auf eine verhältnismäßig kleine Zahl der Bevölkerung beschränkt. Die meisten Kreise der Erde seien zu gut wie ganz unerschöpflich. Dadurch seien schon heute die Geschworenenengstände keine eigentlichen Volksengstände mehr.

Im Namen der verbundenen Regierungen sprach sich der Staatssekretär des Reichsjustizministeriums gegen den Antrag aus, betonend, daß die Regierung sich entschlossen sei, an der Institution der Schwurgerichte prinzipiell nichts zu ändern. — Nach längerer Diskussion, in der sich auch ein Konserverner Redner gegen den Antrag aussprach, ergab sich, daß die Kommission zu einer Ablehnung des Antrages kommen würde; die Anträge selber jedoch den Antrag zurück.

Der 8. Abschnitt der Regierungsvorlage befaßt u. a. mit der Rechtsbehelfen der Geschworenen durch den Vorsitzenden von keiner Seite erklärt werden darf. Unter Berücksichtigung aller hierzu gestellten Anträge wurden die Bestimmungen der Regierungsvorlage aufrecht erhalten.

Die schlimmen Wirkungen der Reichsfinanzreform auf die Tabakindustrie schildert der Jahresbericht der Dresdener Handelskammer für 1909 recht anschaulich. Es heißt da u. a.:

„Wer da gehofft hatte, daß die Mehrbelastung des Tabaks ohne weiteres dem Käufer aufgebürdet werden könne, ist in seinen Erwartungen arg getäuscht worden. In Deutschland pflegt jedermann nur eine gewisse Summe in Genussmitteln anzulegen und diesen Betrag in seinem Gehalt in Unordnung bringen. Er mußte nur, daß der Verbrauch erleidet daher fast genau so viel Einbuße, als die Mehrbelastung ausmacht. Die Störungen im Absatz führten bei den meisten Firmen zu Betriebserschwerungen, teilweise sogar zu zeitweiliger Einstellung des Betriebes. Die geschäftlose Zeit dürfte wenigstens

nach bis zum Herbst anhalten. Doch die Zigarettenindustrie aber in absehbarer Zeit wieder ihren früheren Gedeihen erreichen wird, darf billig bezweifelt werden. Welche schweren Schäden die neue Steuerliche Belastung des Tabaks der deutschen Zigarettenindustrie zugefügt hat, ergibt man fast recht genau aus dem Vergleich der Umsätze, wie viele Arbeiter infolge dessen aus Lohn und Brot gekommen sind. In Stuttgart beliefen sich im ungefähren 40 000 Zigarettenarbeiter; Beschäftigungszahl gewesen sein.“

In einer anderen Stelle heißt es: „Die Steuerliche Mehrbelastung hat der deutschen, insbesondere aber der sächsischen Zigarettenindustrie einen schweren Schlag versetzt. Die Herstellung der billigen 5 und 6 Sig-Zigarette ist aus Sachsen heraus und nach Südb- und Ostpreußen abgedrängt worden.“ (Dort sind bekanntlich die Arbeitslöhne am aller-miserabelsten.)

Diese den Zigaretten entsprechende Schädigung der Wirkungen der sogenannten Reichsfinanzreform auf die Tabakindustrie und besonders die Tabakarbeiter, wie sie hier, die Dresdener Handelskammer gibt, als sozialdemokratische Lieberbreitungen“ zu bezeichnen, geht wohl nicht aus. Schon an dieser Darstellung der Lage in der Tabakindustrie aber läßt sich die Größe des Uebels erkennen, das durch die Tabakarbeiter über Hunderttausende von Arbeitern heraufbeschworen wurde.

Die neue Tabaksteuer.

Der Wertvollschuß auf Rohtabak und Zigaretten, der seit dem 15. August 1909 in Kraft ist, hat bis zum 31. März 1910 eine Einnahme von 18 839 664 M. gebracht. Davon entfielen auf Rohtabak 18 251 892 M. und auf Zigaretten 587 762 M. Die durch die Steuererhöhung vereinnahmten Beträge sind hierbei mitgeteilt. Der Durchschnittswert eines Doppelzigaretten-Rohabak stellt sich nach einer Berechnung der Süddeutschen Tabakfabrikation für die Zeit vom 15. August 1909 bis zum 31. März 1910 auf 152 M. Der Durchschnittswert von 1000 Stück Zigaretten hat für die Zeit vom 15. August 1909 bis 31. März 1910 77 M. betragen.

Nimmt man den Wertvollschuß von 40 v. H. in einen spezifischen Zoll um, so ergibt sich, daß auf 1 Doppelzigaretten Rohabak im Durchschnitt ein Zollschuß von 10 und 61 M. kommt. Da außerdem 85 M. Zementzoll erhoben werden, so beträgt der Gesamtzoll durchschnittlich 146 M. auf 1 Doppelzigaretten. Bei Zigaretten macht der Wertvollschuß im Durchschnitt rund 31 M. pro Pille und 607 M. pro 100 Kilogramm Rohgewicht aus. Unter Zuzurechnung des Zementzolls von 270 M. ergibt sich daher ein Gesamtzoll von durchschnittlich 877 M. auf 1 Doppelzigaretten. Da früher auf Rohabak nur 85 M. und auf Zigaretten nur 270 M. pro 100 Kilogramm erhoben wurden, so tritt durch die Finanzreform eine Erhöhung des Zolls auf Rohabak um durchschnittlich 72 v. H. und auf Zigaretten um durchschnittlich 225 v. H. ein. Im Verhältnis zum Wert stellt sich der Gesamtzoll auf Rohabak auf etwas über 100 Prozent, bei Zigaretten auf 88 v. H. im Durchschnitt.

Er ist aufrieben!

Nämlich Wilhelm II. mit seinem Besahmann Holloke. Wenigstens will das Reichsjustizministerium so behaupten.

Man sagt, daß der Kaiser in diesem Gelegenheit gekommen hat, Herrn v. Bethmann sein besonderes Vertrauen zum Ausdruck zu bringen, und nach dem Scheitern des Kongresses und seiner Rückkehr nach Berlin soll der Stimmungshimmel zwischen beiden wohlhaben sein. Wie ferner bekannt, habe allerdings der Kaiser schon vor etwa zwei Monaten seinem leibhaftigen Unwillen darüber Ausdruck verliehen, wie die Wahrscheinlichkeit im Abgeordnetenhaus behandelt worden ist. Aber den Hauptteil der Schuld an der ganzen Verzweiflung habe er dem Parlament zugeschoben und nicht dem Ministerpräsidenten, wenn auch gegen diesen eine leichte Verleumdung zu verüben gewesen sei. Durch die glatte Erklärung der Positionenfrage jedoch hat Herr v. Bethmann einen besonderen Schritt im Welt bekommen, denn die Krone, die nur mit Rücksicht die unauflösliche Angelegenheit in letzter Zeit vor die Volksvertretung brachte, hat sich auf unauflösliche Beschlüsse geeinigt gemacht. Daß diese Sorge gegenstandslos geblieben ist, hat man dem preussischen Ministerpräsidenten wohl angeschrieben und als ein Resultat seines Taltzes betrachtet.

Man stellt, die Erhöhung der Zigarettensteuer ist ein schwerer Schlag. Dem Werte stellt die 3 1/2 Millionen Mark jährlich mehr und Herrn v. Bethmann trägt sie noch heute die bescheidenen Zigarettensteuer. Die liberalen sind im Gegensatz zu den konservativen, die die liberalen „unauflösliche Beschlüsse“ gefaßt gemacht hatte. Die liberale Anreizhaftigkeit hat also als unmittelbare Folge die Stärkung der Position des Ministerpräsidenten bezirkt.

Die Dinge gegen die Christenpartei sind, wird gerade jetzt während der Beratungen des Entwurfs der Reichsverfassung eine unangenehme Ordnung folgt. Regelmäßig kann aber bald die ganze Sozialpolitik der oft wieder besseren Wissen aufgestellten Beweismomente nachgewiesen werden. So geht es auch mit dem Fall C. r. a. r. der Christenpartei. Die liberalen sind im Gegensatz zu den konservativen, die die liberalen „unauflösliche Beschlüsse“ gefaßt gemacht hatte. Die liberale Anreizhaftigkeit hat also als unmittelbare Folge die Stärkung der Position des Ministerpräsidenten bezirkt.

Genosse Wislitzki sandte darauf dem Freiberger Amtsblatt, der Quelle aller gebliebenen Angriffe aus Anlaß des Selbstmordes des früheren Kaiserlichen Grafen, eine Berichtigung. Demnach hat sich unter den eingegangenen neuen Gesuchen auch ein von dem früheren ersten Episkopaten betreffen, der als ein aufrichtiges und gewandertes Beamter auf von den Unternehmern gefaßt wurde. Die Unternehmern haben selbst mit befohlen, die eingegangenen Gesuche einer Kommission zu überweisen. Interessant ist übrigens noch, daß die Unternehmern im Vorstand den Antrag stellen, den Vorliegenden, Genossen Wislitzki, abzugeben. Der zweite Vorliegende, ein Unternehmern, „begehrte“ den Antrag damit, Wislitzki habe gelegentlich gehandelt, weil er den Antrag auf Entlassung des Kaiserlichen Grafen gestellt habe. Im Vorstand wurde aber gegen die Stimmen der Arbeiter mehrheitlich dieser Antrag abgelehnt. Weiter den Antrag soll nun die Aufsichtsbefugnis entscheiden.

§ 253.

Der Erpressungsparagraph, der für die schmutzigsten Verbrechen geschaffen wurde, ist schon wieder einmal gegen Arbeiter, die sich für die Verbesserung ihrer Misere kämpfen, in Anwendung gebracht worden. Der Fall liegt besonders trag. Der Zigarettenfabrikant Ewald in Glogau hatte einen Kontrakt unterschrieben und gebeten, die Zigaretten in unserer Presse u. a. Parteieliste zu veröffentlichen, da er auf Arbeiterunzufriedenheit angewiesen sei. Nachträglich aber maßregelte er einen bei ihm beschäftigten Arbeiter, nachdem seine Veruche, ihn zum Austritt aus der Organisation zu bewegen, erfolglos geblieben waren. Geleiteter Element aus Presse u. a. ging daraufhin in Begleitung des gemäßigtesten Arbeiters zu dem Fabrikanten, um über die Zigarettenfabrikation und die Arbeiterverhältnisse des Zigaretten zu verhandeln. Die Verhandlungen liefen erfolglos und der Fabrikant stellte obenreine Strafantrag, weil ihm die Möglichkeit eines Boykotts durch die Glogauer Arbeiter vor Augen getreten sei. Das Glogauer Schöffengericht hat jetzt den Geleiteter Element auf die Zeugnisaussagen des Fabrikanten, wegen „bedenklicher Erpressung“ zu einer Woche Gefängnis und dem gemäßigtesten Arbeiter zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Ob im umgekehrten Falle der Unternehmern wohl auch und mit Gefängnis bestraft worden wäre?

Deutsches Reich.

— Unterführung der Tabakarbeiter. Die sozialdemokratische Fraktion hat am Montag in badischen Landtage folgende Interpellation eingereicht: „Ob die badische Regierung bereit, beim Bundesrat zu beantragen, daß den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern auch über den 1. Dezember 1910 hinaus die Reichsunterstützung gewährt wird? Will die badische Regierung rechtzeitig Vorzüge treffen, daß

Im Dunkel.

(Nachdr. verb.)
Erzählung von Gustav Janson.

Uebersetzung aus dem Schwedischen von A. Litzjohann.

Der Verwundete wollte hilflos auf und ab. Jetzt wollte er, um ein wenig wahrhaftig zu sein. Er fühlte sich, wie der Verdammnis da drinnen in seinem Gehirne in Unordnung geriet. Seine Augen drängten sich zu Häufte aus ihren Höhlen, und mit einem heiseren Schrei rief er laut über Kopf und den Gang hin.

„Lief drinnen im Dunkel und im Schweißigen lief er feuchend an. War er allein in dieser verfluchten Grube? Gab es hier nur verfluchte Besinnung? Derselben geistlos, starke Reize waren da draußen am Ort gegen das vor... vor wie langer Zeit? Das wollte er nicht. Er wollte nichts, befragt auch nichts. Er wollte nur, daß der einzige Ausgang geoffnet war, daß ein Feuer, das die ganze Welt verzehren würde, in einiger Entfernung brannte und ihm unauffällig näher kam. Es froh langsam, teuflisch langsam, aber sicher, näher und immer näher. Tage und Nächte wird es noch dauern, bis es ihn erreicht hat, aber einmal kommt es und dann...“

Er brach in ein gelbes Lachen aus, und ein hundertfaches Echo schallte zurück aus Gängen und Oertern. So ging es also zu, daß man wahrhaftig wurde.

„Nicht nicht... jetzt noch nicht!“ fluchte er und grub sich seine Nägel in die Brust, um wieder zu sich selbst zu kommen. Das Mittel half. Er ermannte sich, schändel und häßliche sich auf Mitreue zu schließen nach der heiligen Kräfte, die ihn oben geschüttelt hatte. Der Schweiß floß in Strömen von der Stirn und brannte ihm in die Augen. Er trodelte tiefer fort, aber im selben Moment drückte er seine Stirn in die Augenbühnen, um neue Schmerzen herbeizurufen; denn ein richtiger Instinkt ließ ihn irgendeine Sanftlung vornehmen, die ihm das Denken unmöglich machte.

„Wohin? Wohin?“ rief er unermüdet. „Wo bist Du, Wohin? Wohin?“ Er mußte Gefellisch haben. Einen Menschen, den er ermächtigen und erschrecken, den es gab, aber einen Menschen, über dessen als die Einigkeit... Das Dunkel lag so schwer auf ihm, er ermattete ihn fast, und während glühte das Feuer, schlängelte sich heran, nicht... Nein, nur nicht denken, nicht fühlen! Doch die Nägel in Deir eigenes Fleisch, beiß Deine Lippen blutig... Wohin? Wohin? Wohin? Wohin? Wo bist Du?“

„Nicht nicht... im Frieden sterben!“ antwortete eine dumpfe Stimme in seiner Nähe, und leise Schritte schlichen heran. Dem auswärts geschätzten Gespür des Verwundeten war es möglich, trotz der täuschenden Nachahmung die Stimme des Gezeichneten von der des Unbekannten zu unterscheiden.

„Bist Du hier? Gib mir Deine Hand!“ Er tappte im Dunkel danach und fand sie in seine. „Wir wollen zusammenhalten! Sag, willst Du?“

„Laß mich in Frieden sterben,“ antwortete der Verwundete. Der Verwundete gab nicht weiter acht auf diese Worte, er empfand nur eine unendliche Erleichterung bei dem Gedanken, ein lebendes Wesen in seiner Nähe zu haben. Wadentlich nicht er, der ihn hier herbeigeführt hatte, sondern ein anderer, wie groß das Grube war, wie viele Gänge und Oertler sie hatte, und wie viele Hunderte von Leuten gewöhnlich darin arbeiteten. Einundschätz lag im großen Daupter. In einer gewissen Anzahl Stunden würden sie die Erde bekrantzen und so kurzlos befruchtig sein, als ob sie nie untergraben hätte. Er fühlte sich nicht seine Hand in die Hände eines anderen, wie um diese Aufstellung in ein Nichts zu bezeichnen, die den Toten dahinten... irgendwo... er wußte es nicht so genau mehr, gewiß wahr. Aber er, der aus der Verwundete ermannt war, er hatte so noch alles vor sich, die Hoffnung, die Rettung, das Leben... Jetzt geht es, die Lieberlebenden aufzufinden, mit ihnen zu beraten, einen Ausgang zu finden... Seine bestemmte Bruik machte sich Luft in einem langanhaltenden Rachen, in das der Wahinnigke an seiner Seite weid und freundlich einströmte.

„Wir müssen weiter,“ sagte der Verwundete, den seine neue Gedachte Hoffnungen belebten.

„Wir müssen weiter,“ antwortete der Wahinnigke, wie ein Ged. Das keinen selbständigen Gedanken ausdrücken kann, nur die Worte anderer zu wiederholen vermag.

Der Verwundete setzte sich in Bewegung, nachdem seine Faust mit einem festeren Griff das Handgelenk des Wahinnigken umspannt hatte.

Wenn wir am großen Ort sind, haben wir zweihundert Schritte hinter der Wegung eine Öffnung,“ sagte er. Und fünfundsiebzig Schritte weiter hinaus eine zweite an der entgegengesetzten Seite. Wir gehen erst nach rechts.

„... erst nach rechts,“ stimmte der Wahinnigke ihm bei. Der Verwundete redete sich ein, das Schicksal hätte ihn auf diese Weise ein Zeichen geben wollen, daß er mit seinem Vorsatz das einzig richtige getroffen. Also zuerst nach rechts. Er tappte vorwärts durch das Dunkel, stieß ab und zu gegen eine Mauer oder einen Vorhang und schimpfte halbhart barsübe, aber er war doch gleichgültig froh über diese „Befruchtung“, die ihn lebendig und zuhause brachte. Er ging ein halbes Stündchen oder noch länger durch die Verwundete nach dieser Öffnung, die irgendwo in der Wegung sein sollte. Aber überall stieß er nur gegen die raue Außenfläche, die ihn nicht durchkommen ließ. Er fühlte, wie seine Schenkel glücken und seine Füße wie Fieberdampfen fliegen, aber er wußte nichts mehr. Er hatte einen Schritt hinter sich, der ging mühsam mit ihm, bis er wieder, wenn er sich hielt, um sich zu orientieren, und trabe weiter, wenn ihn ein Druck von der Hand des anderen belebete, daß dieser seine vergebliche Wanderung wieder angehten hätte.

„Wir müssen nicht am großen Ort sein,“ fließ der Verwundete schließlich herder.

... am großen Ort sein,“ wiederholte das Echo des Wahinnigken, und ahmte in tausender Weise den Konfall des Verwundeten nach.

„Dieser Vorw wieder umgekehrt. Er nahm sich vor, seine Hand vor die Feuer an der Wegung setzen konnte. Da wußte er, wo er stand und hatte einen festen Ausgangspunkt für weitere Unterjudungen. Mit krampfhaft zusammengepressten Lippen ging er zurück und schleppte den Wahinnigken mit sich, ohne den er seinen Schritt zu machen wollte.

„Wir er soweit gekommen war, daß er den roten Widerschein des Feuers auf dem Kalkstein sah, das sich in der Bergwand buchtete, machte er wiederum lehrte.

„Wer das?“ fragte eine leuchtende Stimme in seiner Nähe. Der Verwundete begriff, daß der Mann, der seine beiden Weine getrocknet hatte, einige Schritte vor ihm lag.

„Was willst Du?“ fragte er.

„Der Du auch nicht magst,“ antwortete der andere feierlich, „seig, daß Du ein Herz in der Brust hast.“

Der Verwundete hielt den Atem an und wartete auf die Fortsetzung, deren Inhalt er ahnte.

„Stimm ein Stück höher... einen Stein... irgend etwas und schmettere mir den Schadel.“

„Schnell!“ flüsterete der Verwundete und griff fester um das Handgelenk des Wahinnigken. Er lief, als würde er verfolgt. Es war eine sinnlose Flucht vor einer drohenden Gefahr. Der Wahinnigke lächelte ihn eine Weile, stand aber bald davon ab und ließ willig mit ihm vorber.

Der Mann mit den getrockneten Weinen rebete weiter, mit dem Dunkel, den Bergwänden und dem Feuer, das unerbittlich näher froh, und dessen Schein schon so weit reichte, daß er ihn leuchten konnte.

„Nicht nicht das Geringste tun, um mich zu retten... Ich hab mich die Haut von den Ellbogen geschunden bei meinen Ver suchen, mich weiter zu schleppen, ich habe mich die Nägel an den Fingern getrocknet... ich will nicht lebendig verbrannt werden, ich will...“

Der Verwundete wurde herausgeschleudert mit der verzweifeltten Kraft eines Menschen, der in Todesangst ist; er bog den Gang hinauf, brach sich in den Wänden, wurde zurückgeworfen und erzeugte neue Wundstellen, die schließlich in einem leisen Gemurrel erloschen, das sich mit dem lauten benehmerischen Pfeifen des fallenden Regenkaubes mischte. (Schl. folgt.)



den höchsten Lohnarbeiten aus den Händen der höchsten Staats-Arbeitslosenversicherung gewährt werden?"

Der Staat bei den höchsten Nationalberufen. Es war vorzuziehen, daß der Beschluß der Nationalberufen in Chemnitz in der Angelegenheit Langhamer zum Konflikt führen wird. Dieser kam denn auch sehr bald zum Ausbruch. Am Montag hielt der Nationalberufen Verein in Chemnitz eine Sitzung ab, in deren Verlauf neun von den Vorstandsmitgliedern ihr Amt niederlegten und den Austritt aus dem Verein erklärten. Die übrigen Vorstandsmitglieder verbleiben nur bis zu der in nächster Zeit stattfindenden Generalversammlung, wo sie gleichfalls zurücktreten wollen.

Was in Bremen nicht genehmigt wird. Die preussische Regierung verweigert dem Deutschen Bund für weltliche Schul- und Moralunterricht die Bewilligung des ihm zugesprochenen Fünftelanteils des Besatzes von 80 000 Mk. nach einer Klärung, ohne Angabe von Gründen.

Hätte es sich um irgend eine staatlich anerkannte Religionsgesellschaft gehandelt, so wäre die Genehmigung schwerlich ausbleiben. Denn nie ist die preussische Regierung um das Volk „besorgter“, wenn es gilt, ihm die Religion zu erhalten und Rechte vorzuehalten!

Oesterreich-Ungarn.

Beratung des Reichsrats.

Wiener, 6. Juli. Der österreichische Reichsrat ist gestern abgetagt worden, weil es nicht gelang, die Konstitution der Slaven zu brechen.

Norwegen.

Das Frauenwahlrecht.

Die Bewegung zur Erwerbung des Wahlrechts für die Frauen hat in Norwegen von allen Staaten die größten Fortschritte erlangt. Der König hat jetzt ein Gesetz sanktioniert, das den Frauen das Wahlrecht für alle Kommunalen und Provinzialen in der nächsten Wahlperiode gewährt, und das norwegische Parlament in seiner großen Mehrheit hat die Wahlgesetzgebung beschlossen. Bis auf den Handelsminister Ancker haben auch sämtliche Minister dem Gesetz ihre Zustimmung gegeben.

Das neue erweiterte Wahlrecht gibt 490 000 Frauen das Wahlrecht; die Hälfte der männlichen Wähler bleibt unverändert. So haben die Frauen das Uebergewicht von 80 000 Stimmen. In der Landeshaupstadt beträgt jetzt die Zahl der weiblichen Wähler 61 800 (früher 21 400), die der männlichen 88 000. Ein weiblicher Gemeinderat ist nicht unmöglich. Nicht lange, und das Schweden wird die Frauen gleichfalls anerkennen; der konstitutionelle Ausschuss hat mit 11 gegen 4 Stimmen beschlossen, die Besetzung nach in diesem Jahre zum Abschluß vorzuschlagen.

Dänemark.

Das neue Ministerium.

Der König genehmigte die von Claus Bennsen vorgelegte Ministerliste. Danach wurde der Völkeringesabgeordnete Bennsen zum Ministerpräsidenten, die Sozialdemokraten und interparlamentarischen Sozialminister ernannt. Graf Høstfeldt-Sensarig zum Minister des Inneren, der Völkeringesabgeordnete Anders Skjolden zum Gesundheitsminister, der Völkeringesabgeordnete Thomas Jarlen zum Minister der öffentlichen Arbeiten, ferner der Direktor der Hypothekbank des Königs reichs Dänemark Sønderup zum Minister des Innern, der

Abokat beim höchsten Gericht Schlow zum Justizminister, und Großkaufmann Pius zum Minister für Handel und Schiffahrt. Das Kabinettsministerium wird erst in den nächsten Tagen endgültig besetzt.

Serbien.

Eine Schauerrede

wird am Freitag gehalten: Dort wollen die Behörden ein vollkommen organisiert anarchisches Geheimkomitee entdeckt haben, das förmlich Sitzungen abhält und in einer Geheimdruckerei eine Zeitung, betitelt Die Kommune, herstellt. Der Leiter des Geheimbundes sei ein russischer Adliger namens Nikolaus Mulin. Mitglieder seien hauptsächlich Arbeiter, Studenten, darunter auch der Sohn eines höheren serbischen Funktionärs. Nach unkontrollierten Berichten soll das Komitee die Ausrottung der herrschenden Dynastie geplant haben. Schrecklich!

Türkei.

Die Boykottbewegung

gegen Griechenland hat wieder stärker eingekehrt, was der türkischen Regierung gar nicht unangelegen zu sein scheint. Aus Kaffa wird gemeldet, daß trotz des Protestes Deutschlands und Oesterreichs der Boykott des türkischen Zuckers mit Erfolg für den deutschen Absatz anbahnt. Da es der türkischen Regierung sicherlich nicht an Markt fehlt, zumal seit Sonntag der Boykott hier und in den Provinzen, trotz des Manifestes der Regierung, eher sich verschärft als abgemindert hat.

Kreta.

Von der Substanz werden sich morgen vier Kreuzer nach Cana (Kreta) begeben. Sollte die Nationalversammlung in ihrer Intoleranz gegen die mosambikanischen Abgeordneten verharren, so wird die Versammlung mit 20 Militärgewalt aufgelöst und eine Militärverwaltung bis auf weiteres eingeführt werden.

China.

Hungerrevolten.

Xingtau, 5. Juli. In Laitshou (Provinz Schantung) sind infolge von Hungersnot Unruhen ausgebrochen. Die Bevölkerung demolierte die Reisfelder. Der Aufstand richtet sich hauptsächlich gegen die Notabeln, die ihre Reisporräte aufspeicherten und spekulativ veräußerten. Der kaiserliche Befehl zur Militärverwaltung des Aufstandsgebietes. Man will demnach hauptsächlich auf hier den Hunger des Volkes mit - Mäusen köhnen fällen!

Aus der Partei.

Noch ein Jubiläum.

Am 1. Juli 1900 wurde der Betrieb des Hamburger Echo in Parteiregie übernommen; das heißt, an Stelle von Kolporteurs, die auf eigene Rechnung das Blatt an die Abonnenten lieferten, wurde das Anstaltssystem eingeführt, bei dem das Risiko jeder Art die Partei trägt, während die Verleger als Angestellte pro Exemplar und Woche einen bestimmten Betrag erhalten. Die Abonnentenzahl war bei Einführung der Parteiregie 26 000. In den zehn Jahren selbst stetig sie fortwährend. Heute gibt es 64 000 Abonnenten auf das Hamburger Echo. Genüß ein glänzender Erfolg! Aber er

genügt noch nicht, schreibt unser Hamburger Bruderblatt, es entspricht noch nicht der Stärke der Sozialdemokratie im Echo-Komplex. Die Zahl 100 000 muß erreicht werden. Von 26 000 in zehn Jahren auf 64 000! Es dürfen keine zehn Jahre vergehen, bis die Zahl 100 000 erreicht ist. Wo fröhlich ans Werk! Wir wünschen der Agitation den besten Erfolg.

Die Justiz gegen die Arbeiterpresse.

Nicht weniger als achtzehn Gerichtsurteile wurden im Monat Juni gegen Redakteure der Arbeiterpresse gesprochen, gegen 13 im Mai und 5 im April d. J., im letzten Viertel des Jahres zusammen also 26 Verurteilungen! Eine so riesige Zahl Prozesse gegen die freie Presse dürfte noch nicht dazuwelken sein in normalen Zeiten. Man erhebt daraus wieder, wie die sozialdemokratischen Zeitungen mit aller zu Gebote stehenden Mittel bekämpft werden. Der Juni ergab an Verurteilungen 7 Monate 8 Wochen Gefängnis und 4950 Mk. Geldstrafe. Die drei Monate Gefängnis; 2 Jahre, 4 Monate, zwei Wochen Gefängnis und 7755 Mark Geldstrafen! Drei freisprechende Urteile kommen außer Betracht. Verteilt ist ein Gemeindefiskalblatt, die Bergarbeiterzeitung, wegen Beilegung von Direktoren des Bochumer Knappheitsvereins mit 1000 Mark, in allen anderen Fällen handelt es sich um Parteimitglieder. Es ungeht fast keines feinen Criminal. Die niedrigste Strafe, die verhängt wurde, betrug 100 Mark, die höchste 6 Monate Gefängnis. - Von den Parteimitgliedern, die sich bei der Justiz eines besonderen Ansehens erfreuen, steht das Volksblatt sicher nicht an letzter Stelle!

Reichstagskandidatur.

Eine Kreis-Generalversammlung für den Wahlkreis Kirchberg-Schönan, die am Sonntag in Samersdorf tags und abends zahlreich besetzt war, stellte als Reichstagskandidaten für die nächste Wahl einstimmig den Genossen Robert Albert in Breslau wieder auf. Unsere Partei erhielt in diesem Kreise, bei der Albert seit 1905 kandidiert, bei der letzten Wahl 6000 Stimmen, denen 9000 freireinige und 4000 konservativ gegenüberstanden. Inhaber des Mandats ist bisher der Fortschrittler Dr. Wblach.

Personalen. In die Redaktion des Gothaer Volksblattes tritt am 1. August Genosse Bruno Kühn als alterter Redakteur ein. Genosse Kühn war seit mehreren Jahren an der Parteipresse tätig.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Bemerkungen Karl Wod, für Lokales Otto Niebuhr, für Provinziales und Veranlassungsberichte Gottl. Kaspary, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Für die ausgeperrten Bauarbeiter

Halle. Vorkriegsanarbeiter Verein 9,50; Bauarbeiter-Verein 9,00; getammelt durch Bauer Thomas 3,-; Anhaltischen und Eisenarbeiter 9,-; Buch- und Steinbrücker-Hilfsarbeiter, getammelt auf Witten 3,50 Mk. (Dr. Meier).
Wittenberg. Buchdruckerei-Hilfsarbeiter (4, 5 und 6. Rate) 7,15; Vorkriegsanarbeiter (2. Rate) 8,00; Dampfdruck nach Vorgang (4. Rate) 10,-; Guttat Engert, Wittenberg 1,-; Buchdrucker (8. Rate) 7,00; Vorkriegsanarbeiter (8. Rate) 4,15; Gemeinliche und Eisenarbeiter 1,50; Wittenberg und Seiler 4,50; Schneider (2. Rate) 6,85 Mark. Gewerkschaftsblatt Wittenberg.

Grosser

Inventur-Ausverkauf.

ca. 24 000 Meter

Tüll-Gardinen,

aus bestbewährte, vorzügliche Qualitäten.

Besonders empfohlen 4 Serien:

Posten I statt 68 Meter	43 Pf.	Posten II statt 80 Meter	50 Pf.
Posten III statt 4.00 Fenster	2.50 M.	Posten IV statt 7.00 Fenster	4 M.

Ein **Schürzendruck** gute Qualität neueste Muster jetzt Meter **48 Pf.**

Ein **Blaudruck** für Kleider, gute Qual. jetzt Meter **32 Pf.**

Ein **Mousseline**, imitiert, hell und dunkelgrün jetzt Meter 35 30 25 **22 Pf.**

Ein **Zephyr u. Kleider-Leinen** einfarbig, u. gestreift jetzt Meter 65 50 **18 Pf.**

Ein **reinw. Mousseline**, beste Fabrikate, Wert 95 bis 1.45 jetzt Meter 75 60 **18 Pf.**

Ein **Kommodendecken** aus Filztuch, reich bestickt jetzt Stück **68 Pf.**

Ein **Filtzdeckchen**, reich bestickt, mit Bortenbesatz jetzt Stück 1.48 1.15 **98 Pf.**

Ein **Pflüschtschdecken** mit effektvoller Stickerei jetzt Stück 6.75 **95 Pf.**

Ein **Steppdecken** Satin mit Trikotfutter jetzt Stück **2 M.**

ca. 13500 Stück

Konfektion.

Besonders empfehlen:

Ein Weisse Blusen aus Madeira-Stoffen oder Seidenmull jetzt 75 Pf.
Ein Zephyr-Blusen , Vorderst. gestickt, Wert 7.50 bis 2.35, jetzt 3.75 bis 1 95 M.
Ein Sport-Paletots in Bastfarbe, oliv, grau und marine, Wert 12.00 bis 7.50, jetzt 3.50 bis 2 95 M.
Ein Staub-Paletots aus gewirnt. Covert-coat-Stoffen, früher 28.50 bis 5.50, jetzt 13.50 bis 3 50 M.
Ein Paletot-Kostüme aus schwarz-weiss karierten Stoffen, früher 95.00 bis 17.00, jetzt 45.50 bis 7 50 M.
Ein Kostüm-Wash-Röcke aus besten Stoffen, früher 25.50 bis 3.50 jetzt 12.50 bis 1 75 M.

ca. 23 000 Stück

Damen-, Herren- u. Kinder-Wäsche

nur erstklassige Qualitäten, bestehend aus feineren Damen-Tag- und Nachhemden mit Madeira-Stückerei und Durchbruch-Arbeiten, ferner feineren Beinkleidern, Pique-Jacken und Röcken, Herren- und Kinderwäsche etc. etc.

zu enorm billigen Preisen.

ca. 89 000 Meter

Kleiderstoffe.

Besonders empfehlen:

Ein Herbst-Blusenstoffe , gr. Farben- u. Musterauswahl Wert 70 Pf. jetzt Meter 39 Pf.
Ein Mohair-Crêpe , einfarbig und in sich gemustert Wert 1.10 Mk. jetzt Meter 58 Pf.
Ein reinwollene Beige , grosse Farbauswahl, doppeltbreit Wert 1.20 Mk. jetzt Meter 65 Pf.
Ein Marquissette , 110 cm breit, seidensartiges Chiffongewebe Wert 3.00 Mk. jetzt Meter 88 Pf.

ca. 22 000 Stück

Schürzen

für Damen und Kinder.

Besonders empfehlen:

Ein Tändelschürzen , weiss jetzt Stück 23 Pf.
Ein Hausschürzen , Gingham jetzt Stück 26 Pf.
Ein Kinder-Schürzen jetzt Stück 38 25 Pf.
Ein Wirtschafts-Schürzen jetzt Stück 43 Pf.

Ein **Halb. Halb-Handschuhe**, schwarz und weiss, jetzt Paar 48 27 **13 Pf.**

Ein **Damen-Ringelstrümpfe**, gute Qualität jetzt Paar 68 45 **33 Pf.**

Ein **Wasch-Unterröcke** mit Volant jetzt Stück **98 Pf.**

Ein **Hals-Rüschen**, einfarbig, jetzt Mtr. 35 25 **18 Pf.**

Ein **Wasch-Gürtel**, weiss und bunt jetzt Stück 48 37 **30 Pf.**

Ein **Herren-Hüte**, schwarz und braun, 150 jetzt Stück **58 Pf.**

Ein **Bunte Garnitur**, neueste Dessins jetzt Stück 68 58 **55 Pf.**

Ein **Hosenträger**, prima Qualität jetzt Paar 50 40 **28 Pf.**

Ein **Herren-Mützen** jetzt Stück 50 85 **28 Pf.**

Obige Zahlen geben die Vorräte an, welche bei Beginn des Inventur-Ausverkaufes demselben übergeben sind. Der beschränkte Raum gestattet nur einen geringen Bruchteil von den überaus günstigen Angeboten anzuführen.

J. LEWIN Halle a. S. Marktplatz 2 und 3.

Saison-Ausverkauf in Schuhwaren!

Wirkliche Vorteile
bieten die verschiedenen Serien unseres
Räumungs-Verkaufs

Für
1⁷⁵

erhalten Sie schon
1 Paar
Damen-Stiefel
oder
Damen-Schuhe

Hamburger Engros-
Lager

Leopold

Serie I.
1 Posten
Damen-Stiefel jetzt nur **3⁹⁵**
in verschiedenen guten, dauerhaften Ledersorten
Bisheriger Verk.-Preis bis **7⁵⁰**

Serie II.
1 Posten
Damen-Stiefel jetzt nur **5⁷⁵**
elegante Fassons, mit und ohne Lackkappe
Bisheriger Verk.-Preis bis **9⁷⁵**

Serie III.
1 Posten
Damen-Stiefel jetzt nur **7⁴⁵**
grösstenteils echt Goodyear-Welt-Stiefel
Bisheriger Verk.-Preis bis **11⁷⁵**

Serie I.
1 Posten
Herren-Stiefel jetzt nur **3⁹⁵**
aus kräftigem Wicksleder, sehr bequeme Passformen
Bisheriger Verk.-Preis bis **7⁵⁰**

Serie II.
1 Posten
Herren-Stiefel jetzt nur **6⁹⁵**
elegante Fassons, dauerhafte Qualitäten
Bisheriger Verk.-Preis bis **10⁵⁰**

Serie III.
1 Posten
Herren-Stiefel jetzt nur **8⁴⁵**
aus vorzüglichen Ledersorten in modernen Formen
Bisheriger Verk.-Preis bis **12⁵⁰**

Nussbaum

G. m. b. H.
Halle a. S.,
Grosse Ulrichstr. 60/61.

Zeitz. Gewerkschaftsfest Zeitz.

Sonntag den 17. Juli 1910 im Schützenhaus nebst Garten u. Vorplatz.

Um 1 Uhr mittags im Terrassengarten: Aufstellung zum Umzug durch die Stadt. 2 1/2 Uhr: Abmarsch desselbst. Auf dem Festplatz, nach Eintreffen des Zuges: Allerlei Belustigungen, Preiskegeln, Blumenverlosung, grosses Panorama, mehrere der beliebten Würfelbuden, Puppenspiele, Kinderreigen usw. **Übungen der Athleten.**

Grosses Instrumental- und Gesangs-Konzert, ausgef. v. mehrer. Kapellen u. d. Gesangsvereinen „Concordia-Waldhorn“ u. „Liederschall“. **Humoristisch-satirische, illustrierte Festzeitung.**

Abends von 8 Uhr ab im Schützenhaus: **Grosser Ball.** Deutscher Kaiser und Terrassengarten.

Sonntag den 24. Juli **Gross. Kinderfest,** verbunden mit Vogel- im Terrassengarten: schliessen für Kinder.

Jedes nicht schulpflichtige Kind erhält ein Geschenk. Wir ersuchen um sehr zahlreiche Beteiligung. Karten sind bei allen Gewerkschaftskassieren und Lagerhaltern des Konsumvereins zu haben. **Das Gewerkschaftskartell.**

Zeitz. Geschäfts-Übernahme. Zeitz.

Der werthen Einwohnerschaft von Zeitz u. Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich seit 1. Juli das

„Restaurant zum Hohenzollern“, Kramerstrasse übernommen habe und bitte, das meinem Vorgänger gezeichnete Verzeichnis auf mich übertragen zu wollen, indem ich für taubere u. freudl. Bedienung bürgte. **Otto Werner** und Frau.

Arb.-Turnverein Nissma

Sitz Neupoderschau.

Sonntag den 10. Juli

Stiftungs-Fest

Sieizu laßt ergeben ein **Der Turnrat.**

Zeitz. Pfänder-Auktion.

Verkauf Pfänder kommen die in den Monaten November, Dezember 1909 und Januar 1910 verpfändeten, aber nicht rechtzeitig wieder eingelösten Pfänder von Nummer **634** bis **2200** Litra **B.** zur öffentlichen Versteigerung. Der Meistbietende kann innerhalb vierzehn Tagen im Pfändelokal, später bei der Volksbehörde, erhoben werden. **Versteigerung nur bis Ende Juli.**

H. Schnabel, Pfandleih., Nitterst. 17.

Makulatur verk. Genossenschaftsbuchdruckerei

Zeitz. Bleners Restaurant

Ladet seine werthen Gäste zum **Cartonfeste des Vereins „Gesundheitspflege“** am Sonntag den 10. Juli freundlichst ein. **B. Blener.**

Ohne jeden Zweifel bin ich durch mein System in der Lage, ganz besondere Vorteile zu bieten bei Bedarf in:

Wäsche, Herren-Artikel, Kurz-, Weiss-, Wollwaren, Schürzen, Schneiderinnen-Artikel.

H. Weiffenbach, Alter Markt 1.

(Mitgl. d. Rab.-Spar-Vereins Halle.)

Achtung! Billige Bücher!

Nach beendigter Inventur geben wir
nur kurze Zeit
einen größeren Posten
Romane erster Autoren
allerbilligst ab.

Einige gute Werke über Hypnotismus stehen gleichfalls billigst zum Verkauf.

Neue Bücher zu Antiquariats-Preisen!

Volks-Buchhandlung Halle a. S.,
Harz 42/43.

Für die Anzeigen verantwortlich: Rob. Liqner. — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Buchdruck. (G. m. b. H.). — Verleger: vorm. Aug. Groh, jetzt H. Liqner, — Sämtl. i. Halle a. S.

Ermattung oder Kampf?

Von Rosa Luxemburg

III.

Kommen wir zur Hauptfrage. Genosse Kautsky sucht die Frage, ob jetzt in Deutschland an einen Massenstreik gedacht werden könne, auf die breite Basis einer allgemeinen Theorie über Strategien zu stellen. Bis zum Kaiser Kommuneraufstand sei für die revolutionären Massen die „Niederwerfungsstrategie“ maßgebend gewesen, seitdem aber sei die „Ermattungsstrategie“ an ihre Stelle getreten. Dieser Ermattungsstrategie verbandt die deutsche Sozialdemokratie ihr ganzes Wachstum und ihre bisherigen glänzenden Erfolge, und wir hätten keinen Grund, jetzt mit einem Massenstreik diese siegreiche Strategie zu verlassen, um zur Niederwerfungsstrategie überzugehen. Die Auseinandersetzungen des Genossen Kautsky über die zwei Strategien und die Vorteile der Ermattungsstrategie sind offenbar der wichtigste Pfeiler seiner Argumentation. Namentlich verleiht Genosse Kautsky seiner Stellungnahme dadurch die größte Autorität, daß er seine „Ermattungsstrategie“ direkt zum „politischen Testament“ Friedrich Engels erklärt.

Was hat dieses „Testament“ von Engels in aller Welt mit der heutigen Situation und mit unserm Kampf vom Massenstreik zu tun? Hat denn irgend jemand an eine plötzliche Einführung des Sozialismus durch den Massenstreik gedacht? Oder ist es irgend jemand eingeleuchtet, auf einen Parzibankenkampfs, auf „einen Zusammenstoß mit dem Militär“ irgend einen „Märsch“ hinauszugehen? Oder endlich gedacht die Welt nicht gegen den Mensch, gegen die Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, gegen die Ausübung des Parlamentarismus zu eifern?

Es ist klar: indem Genosse Kautsky das Engels'sche „Testament“ gegen die Lösung des Massenstreiks in der heutigen preußischen Wahlrechtskampfs ins Feld führt, schiebt er wiederum flegelnd in der Zeit gegen ein anarchisches Wesen vom Massenstreik, und es ist offenbar die einflussreichste Kräfteentwertung, die dem Sozialismus durch die Lösung des Massenstreiks in der gegenwärtigen Situation anzuwenden ist. Wir werden uns dementsprechend, falls wir die in der heutigen preußischen Wahlrechtskampfs, so fern es die verarbeitete Taktik der Überzumpelungen kritisiert, höchstens gegen den Genossen Kautsky selbst, der ja den Massenstreik als einen vom „Reizgrad“ geheim ausgehenden Überzumpelungstreik aufweist.

Wie wenig die vom Genossen Kautsky verteidigte „Ermattungsstrategie“ in Wirklichkeit mit dem „politischen Testament“ von Engels zu tun hat, beweist ein betrüblicher Umstand. Gleichmäßig mit dem Genossen Kautsky tritt in den sozialistischen Monatsheften G. Berman gegen die Lösung des Massenstreiks in der gegenwärtigen Situation auf. Wir werden uns dementsprechend, falls wir die in der heutigen preußischen Wahlrechtskampfs, so fern es die verarbeitete Taktik der Überzumpelungen kritisiert, höchstens gegen den Genossen Kautsky selbst, der ja den Massenstreik als einen vom „Reizgrad“ geheim ausgehenden Überzumpelungstreik aufweist.

Der Massenstreik, wie er gegenwärtig im preussischen Wahlrechtskampfs zur Debatte steht, war und ist von seinem Wesen als Gegenstoß zum Parlamentarismus, sondern als seine Ergänzung, in, als Mittel, parlamentarische Rechte zu erzwingen gedacht. Nicht als Gegenstoß zum täglichen Werk der Schulung, Aufklärung und Organisierung der Massen, sondern als ein hervorragendes Mittel, gerade die Schulung, Aufklärung und Organisierung der proletarischen Massen zu fördern. Da Genosse Kautsky nun diesem so gedachten Massenstreik unsere allerbühmteste Taktik des Parlamentarismus entgegenstellt, empfiehlt er in Wirklichkeit nicht nur die gegenwärtige Situation einfach als Wahlrechtsparlamentarismus; nicht im Gegensatz zum utopischen Parzibankenkampfs, wie Engels, sondern im Gegensatz zur sozialdemokratischen Wahlrechtskampfs als Proletariat zur Erringung und Ausübung politischer Rechte.

In der Tat weiß uns Genosse Kautsky — bis der Grundpfeiler seiner Ermattungsstrategie — mit Ausdruck auf die kommenden Reichstagswahlen hin. Von diesen Reichstagswahlen sei alles Heil zu erwarten. Sie bringen uns sicher

*) Es ist übrigens interessant, die Stellung der heutigen Anarchisten zum Massenstreik in Deutschland kennen zu lernen. Auf ihrer jüngsten Tagung in Halle während des Pfingstfestes es scheint, als noch einige Dutzend von dieser Sorte in Deutschland existieren — haben sie nach dem Bericht des Berliner Tageblatts folgende Weisheit verapert:

Nach der im Anarchismus dorherrschenden Meinung ist ein bloßer Demonstrationstreik absolut verwerflich. Ein ernsthaft unternehmender politischer Massenstreik, bei dem die Arbeit nicht oder wieder aufgenommen werden dürfte, als das geforderte Ziel erreicht ist, bedeute aber den Anfang zur großen Revolution. Diese würde aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Unglück für das gesamte Proletariat bedeuten; denn die herrschenden Klassen schoben nicht, es könnte es aber kaum kommen, dem zum ernsthaften Massenstreik fehlte es der Sozialdemokratie eben an Menschenmaterial, da die General-Kommission für den ernsthaften Massenstreik nicht zu haben ist, und was diese nicht wollte, könne die Partei nicht durchführen.

Samtliche Delegierten waren sich darüber klar, daß ein ernsthafter Massenstreik zurzeit nur eine Verwirklichung der sozialen Lage des Proletariats bringen könne, während ein Demonstrationstreik den Grundgedanken des Anarchismus widerspreche.

Man sieht es ist das Dilemma des Rationalismus der Anarchisten: der Massenstreik als ein einmaliger großer Streik, die „große Revolution“, seine Ausführung abhängig davon, ob die „General-Kommission“ für ihn „zu haben ist“ oder nicht. Und von einer solchen Auffassung kommt man eben heute da, wo zu erklären, der Massenstreik wäre „ein Unglück“ das das Proletariat

einen überbälligen Sieg, sie werden eine ganz neue Situation schaffen, sie geben uns eine breitere Basis zum Kampfe, sie können allein die Bedingungen herstellen, unter denen wir an eine „Niederwerfungsstrategie“, will sagen einfach an eine Massenaktion denken können, sie werden eine Katastrophe des ganzen herrschenden Regierungssystems“ bringen, sie geben uns jetzt schon „in der Tat die Schlüssel zu jeder gewaltigen historischen Situation“. Mit einem Worte: der Himmel der kommenden Reichstagswahlen hängt für uns Sozialdemokraten so locker, daß wir freilich freilich nicht wären, angeht es eines so sicher „in der Tat“ stehenden aufstehenden Sieges durch den Massenstreik jetzt an einen Massenstreik zu denken.

Ich glaube nicht, daß es gut und angebracht ist, unsern künftigen Sieg bei den Reichstagswahlen in gar so leuchtenden Farben der Partei vorzumalen. Ich glaube vielmehr, daß es ratzamer wäre, uns auf die Reichstagswahlen, wie immer, mit allem Eifer und aller Energie, aber ohne übertriebene Erwartungen vorzubereiten. Wenn wir siegen und in welchem Maße wir siegen, werden wir zu erleben. Am besten künftige Siege auslösen, liegt so gar nicht im Wesen erster revolutionärer Parteien, und ich bin ganz der Ansicht des Genossen Pannekoek, daß es besser wäre, solche phantastische Perspektiven, wie eine Veroppelung unserer Stimmengabe, gar nicht erst zu erwähen.

Aber vor allem: was hat der künftige Reichstagswahltag mit der Frage des preussischen Wahlrechtskampfes heute zu tun? Genosse Kautsky meint, der Ausfall der Reichstagswahlen würde „eine ganz neue Situation“ schaffen. Worin jedoch diese neue Situation bestehen soll, ist zunächst unklar. Wenn wir nicht der phantastischen Hoffnung leben, daß wir plötzlich die Mehrheit bekommen könnten, wenn wir auf dem Wege der Wirklichkeit bleiben, und falls die Annahme von einem Wachstum unserer Fraktion auf etwa 125 Mann ins Auge fallen, so ist damit zunächst noch durchaus keine Ermöglichung in den politischen Verhältnissen gegeben. Wir bleiben immer noch eine Minorität im Reichstag, der eine geflossene reaktionäre Mehrheit entgegensteht, und daß unser Wahlstoß auf die preussische Reaktion so überwältigend wirken würde, daß sie uns plötzlich das gleiche Wahlrecht in Preußen aus freien Stücken fongebiert, glaubt Genosse Kautsky wohl sehr leicht nicht. Die ganz neue Situation“ kann also nur in einem bestehen — im Staatsstreich, in der Ausrufung des Reichsstaatsnotrechts. Dann, meint Genosse Kautsky, wenn wir mit allen Mitteln auch mit dem Massenstreik vorgehen. Die „Ermattungsstrategie“, die gegen eine größere Massenaktion für heute eifert, ist verknüpft mit einer Spekulation auf den Staatsstreich, der uns erst zu großen Aktionen befähigen soll. Nun hat diese Spekulation auf die Zukunft mit allen bezüglichen Spekulationen das gemein, daß sie eben — Zukunftsmusik ist. Exit der Staatsstreich nicht ein, sondern wird das bisherige Fortschreiten im Stagnationsfortschritt — und Genosse Kautsky muß selbst auch behaupten, daß dieses Ergebnis der Reichstagswahlen das allerwahrscheinlichste ist — so fällt auch die ganze Kombination mit der „neuen Situation“ und unsern großen Aktionen in sich zusammen. Euchen wir freilich unsere Taktik nicht auf die Reichstagswahlen und den Staatsstreich auszulassen, wollen wir uns überhaupt nicht auf bestimmte Zukunftskombinationen einrichten, dann kann uns die Frage, ob wir mehr oder weniger Mandate bei den nächsten Wahlen erobern, ob der Staatsstreich dann erfolgt oder nicht ziemlich kühl lassen. Nun wir nur in jedem Moment in der Gegenwart unsere Pflicht, um in jeder gegebenen Situation das Höchstmögliche an Aufrechterhaltung und Aufklärung der Massen zu leisten und auf der Höhe der Situation und ihrer Anforderungen zu sein. Aber werden wir bei jedem weiteren Gange der Ereignisse unsere Richtung finden. Will man hingegen, wie Genosse Kautsky, eine ganze „Ermattungsstrategie“ für heute mit einer Aussicht auf Großtaten der „Niederwerfungsstrategie“ im nächsten Jahre begründen, wobei diese letztere auch noch erst von einem eventuellen Staatsstreich abhängig ist, dann bekommt unsere „Strategie“ eine leichte Ähnlichkeit mit denjenigen der kleinbürgerlichen Demokraten in Frankreich, die Marx im „Adigensten Demaire“ so genial charakterisiert hat: „Ihre eigenen Halheiten und Niederlagen in der Gegenwart pflegten sie sich mit der Hoffnung auf die Zukunft zu betrinken, sie sich mit der tiefen Bedingung: Aber wenn man den allgemeinen Wahlrecht anzustreben mag, aber dann“... Dann werden wir sehen, wer wir sind. Nous verrons“...

Die Gewerkschaftskartelle.

III.

Die Finanzgebahren.

Die Einnahmen der Kartelle werden hauptsächlich gebildet aus Beiträgen, die von den Gewerkschaftsmitgliedern bzw. den Gewerkschaften geleistet und in der Regel pro Mitglied beabrechnet werden. Daneben bestehen noch als Einnahmequellen Ueberhörschüsse aus Veranstaltungen und Unternehmungen. Von den 619 an der Statistik beteiligten Kartellen erheben einen festen Beitrag pro Mitglied 610. Darunter befinden sich 98, welche getrennte Beitragsstellungen für die Kartellklasse und das Sekretariat (bzw. Auskunftsstelle) haben. Die Zahl der Kartelle mit einem Jahresbeitragsloß bis höchstens 20 Wfg. beträgt 88 = 14,2 Proz. Einen Beitrag von 21 bis 40 Wfg. erheben 219 Kartelle = 34,4 Proz., 221 Kartelle = 35,7 Proz. erheben einen Beitrag von 41 bis 100 Wfg. Bei 82 Kartellen = 13,4 Proz. bewegt sich der Beitrag zwischen 101 bis 200 Wfg. und 8 Kartellen = 1,0 Proz. geht die Beitragsstellung über 201 Wfg. hinaus. Der durchschnittliche Jahresbeitrag aller Kartelle ist seit 1908 von 60,7 Wfg. auf 68,4 Wfg. getiegen.

Wiederholt haben wir schon darauf hingewiesen, daß die Leistung zu hoher Kartellbeiträge nicht im Interesse der Gewerkschaften liegt. Werden die Gewerkschaftsmitglieder an Ort verhältnismäßig stark befaßt, so wird damit der Ausdehnung der Gewerkschaften Abbruch getan. In der Regel wird die Leistung zu hoher Beiträge herbeigeführt durch Einrichtung von Sekretariaten und Errichtung von Gewerkschaftsbüroausen. So nämlich wie auch solche Einrichtungen sein mögen, so sollte man doch zu ihnen erst dann übergehen, wenn der Kreis der Mitglieder groß genug ist, um ohne zu große Belastung des einzelnen solche Aufgaben durchführen zu können. Angaben über Einnahmen und Ausgaben haben 604 Kartelle gemacht. Diese hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 642 972 Wfg., an Streifenummungen 766 067 Wfg., an son-

rigen Einnahmen aus den Ueberhörschüssen von Veranstaltungen und Unternehmungen, Sammlungen, Schriftenvertrieb usw. 883 657 Wfg. Die Gesamteinnahme betrug 1 732 696 Wfg. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 1 709 855 Wfg. gegenüber, welche sich auf folgende Posten verteilt: Agitation 91 715 Wfg., Arbeitervertreterwahlen 34 121 Wfg., häusliche Erhebungen 36 338 Wfg., Gewerkschaftsbüroausen und Veranlassungslage 57 447 Wfg., Gebirgen und Arbeitsausweise 40 857 Wfg., Sekretariate und Auskunftsstellen 236 869 Wfg., Bibliotheken und Zeitschriften 37 093 Wfg., Streifen 764 443 Wfg. (davon aus den Kartellklassen 21 818 Wfg.), Ueberhörschüsse, löschliche und perzentliche, 184 846 Wfg., sonstige Ausgaben 226 728 Wfg. Unter den Ausgabenposten für Verwaltung liegt die Ausgabe für Auskunftsstellen und Sekretariate besonders hoch.

Die Kartellbeiträge der 604 Kartelle betragen insgesamt am Schluß des Jahres 1908 455 015 Wfg. und am Schluß des Jahres 1909 518 756 Wfg. Es ist demnach eine Vermehrung der Kartellbeiträge von 22 841 Wfg. eingetreten.

Von dem Opfermutter der Klassenbewegung der deutschen Arbeiterklasse legen die seitens der Kartelle im Berichtsjahre aufgetragenen Summen zur Unterhaltung der schwebelassen Arbeitervereine ein rühmliches Zeugnis ab. Es wurden durch Sammlungen, an denen 306 Kartelle beteiligt waren, 766 067 aufgebracht, außerdem wurde von 247 Kartellen zusammen 21 818 Wfg. an Unterhaltung aus den Kartellklassen geleistet, so daß insgesamt 777 755 Wfg. an Streifenunterstützung aufgebracht wurden. Vorausgesetzt wurden für auswärtige Streiks (d. h. nach Schweden) 769 030 Wfg. und für Streiks am Ort die verhältnismäßig geringe Summe von 4812 Wfg.

Im allgemeinen ist die Entlohnung der Kartelle der freien Gewerkschaften eine fortlaufend günstige gewesen, und auch für diesen Bericht kann erfreulicherweise ein weiterer guter Fortschritt konstatiert werden, der nicht allein in der eingetretenen Vermehrung der Kartelle, sondern auch in deren erhöhter Tätigkeit zum Ausdruck kommt. Neben der Erfüllung der agitatorischen Aufgaben sind es besonders die in der Berichtsjahre geleistet, so daß insgesamt 777 755 Wfg. an Streifenunterstützung aufgebracht wurden. Vorausgesetzt wurden für auswärtige Streiks (d. h. nach Schweden) 769 030 Wfg. und für Streiks am Ort die verhältnismäßig geringe Summe von 4812 Wfg.

Im weit über die Erfüllung der allfälligen Aufgaben hinaus sollen die Kartelle und Bühen das Proletariat der Beschäftigten zu geben, welche die nötige Durchführung dieser großen kulturgeschichtlichen Mission verbürgt.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegungen im Baugewerbe.

Nach Beendigung der allgemeinen Absperrung regen sich die Bauarbeiter in den Orten, in denen nicht ausgeperrt wurde. Hier möglich während des großen Kampfes die Forderungen der Arbeiter zurückgestellt werden. Nun aber fordern diese auch ihr Recht und die erfolgreich abgepflossene Bewegung hebt das Selbstvertrauen und den Kampfesmut der Mitglieder.

Die Maurer in Sorau i. Lausitz haben sich in wenigen Tagen eine Lohnerhöhung von 8 Wfg. und einen zweijährigen Vertrag errungen. Seit 10 Jahren demühten sie sich um die Anerkennung der Organisation und um eine geordnete Regelung der Arbeitsbedingungen. Die Umgestaltung der Beschäftigten, die die Vermählungen der Arbeiter erfolglos blieben.

Auch in diesem Jahre liegen sich die Unternehmer auf seine Verhandlungen ein. Dann wurde der Bürgermeier um Vermittlung ersucht, der es vergaß, den Maurern über das Resultat seiner Vermählungen Bericht zu erstatten. Schließlich richteten die Arbeiter die Gebude und sie giffen zum partiellen Streik, der zur Folge hatte, daß die Unternehmer einen Tarif, anerkannten, der eine sofortige Lohnerhöhung von 8 Wfg. und vom 1. April 1911 weitere 2 Wfg. ausliefert.

Die Maurer in Oldenburg (Wahl) setzten durch Verhandlungen 2 Wfg. Lohnerhöhung pro Stunde durch. Auf den häßlichen Anfragsbauern in Busch besetzt seit dem 1. Juli 1907 kein Vertrag. In diesem Jahre beginnt die Stadt Berlin wieder umfangreiche Bauarbeiten, zu deren Fertigstellung 6 bis 8 Jahre in Aussicht genommen sind. Gegenwärtig wird bereits ca. 360 Maurer und Bauhilfsarbeiter beschäftigt. Durch Verhandlungen zwischen dem Verband der Berliner Baugeschäfte und dem Maurer- und Bauhilfsarbeiterverband ist unter Zustimmung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter ein Vertrag auf drei Jahre geschlossen worden, der eine Lohnerhöhung von 6 1/2 Wfg. bringt. 1/2 Wfg. treten am 1. Oktober d. J., 3 Wfg. am 1. Oktober nächsten Jahres und 1 Wfg. am 1. Juli 1912 in Kraft. Der Maurerlohn beträgt 74 Wfg. pro Stunde.

In Straßburg i. Elz. haben die Bauarbeiter in der bevorstehenden Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer lehnten es beharrlich ab, den Bauhilfsarbeitern eine Lohnerhöhung zu bewilligen.

Die Absperrung in der Luttlinger Schuhindustrie dauert die 7. Woche ununterbrochen weiter. Die Unternehmer haben zwar ihr Verlangen, die Arbeiter sollten lohnunabhängig die Arbeit aufnehmen, fallen lassen und Unterhandlungen eingeleitet. Die gemachten Zugeständnisse waren aber für die ausgeperrten unannehmbar und wurden von ihnen nahezu einstimmig abgelehnt mit dem Wunsche, daß man sich nicht umsonst wegen einer Bagatelle 6 Wochen aus Pflaster legen läßt. Die Stimmung der ausgeperrten ist gut, die Haltung eine vorzügliche. In Bezug auf Luttlingen ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Dachdeckerstreik.

Die Dachdeckerhelfen von Offen und Umgebung sind in den Ausstand getreten, nachdem die Verhandlungen am 10.

Wahl eines neuen Tarifvertrages mit der drohen Mehrzahl der Unternehmer genehmigt sind. Die Gehälter verlangen in der Hauptsache für die Zeit der jetzigen sechsmonatigen Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden und Erhöhung des bisherigen Stundenlohnes von 50 auf 62 Pfg. Bei zwei Firmen, von denen die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind, soll weitergearbeitet werden.

Werbung bei Arbeitsangeboten nach Belgien!

Vom internationalen Sekretariat wird vor Annahme von Arbeitsangeboten für die Turnhütten in Turnhout, Belgien, die Wuntpapier für die Buchbinderei- und Kartonnagenabteilung bestellt, gewarnt. Die dortigen Arbeiter stehen im Streik. Die Agenten des Unternehmens bemühen sich eifrig um Streikbrecher aus Deutschland.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 6. Juli 1910.

Socialdemokratischer Verein.

Donnerstag, den 7. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkspark eine Besamfassung der Parteifunktionäre nach § 12 der Satzungen statt. Die Funktionäre werden ersucht, sich alle einzufinden. Der Vorstand.

Eine Anfrage an den Halleischen Oberpolizeipostler.

Als vor drei Jahren um dieselbe Zeit wie jetzt die Arbeiterturner ein Bezirksfest feierten, beschafften sie am Sonntag vormittag von 9-12 Uhr im hinteren Garten des Volksparks einige Turnübungen auszuführen. Sie hatten die Rechnung ohne die Halleische Polizei gemacht, die das Turnen unter Verweisung auf eine Verordnung des Regierungspräsidenten, die sogenannte „Verkommensverordnung“, unterlag. Das Vorwärtsgestunden fand nicht statt.

Leute liest uns das Programm für das heutige Turnfest zum Sonntag vor, und was lesen wir: Von früh 6 1/2 Uhr bis 12 Uhr Turnen, um 2 1/2 Uhr nachmittags Preisübungen mit Musik usw. Alles Turnen während der Kirchzeit! Wo, Herr Oberpolizeipostler Weydemann, bleibt die Verordnung des Regierungspräsidenten? Trübt die „Verkommensverordnung“ nur in Kraft, wenn es sich um Arbeitervereine handelt? Verliert sie sofort ihre Wirkung, wenn es sich um „national-patriotische“ Turner handelt?

Su erheblichen Differenzen

ist es wieder einmal in der Zigarrenfabrik von Barthel & Maeter gekommen. Infolge Einführung einer neuen Arbeitsordnung, die geeignet ist, einen mit der Firma im Januar abgeschlossenen Tarif zu durchbrechen, haben die bei der Firma beschäftigten Arbeiter ihre Kündigung eingereicht und treten am 15. Juli in Abwesenheit. Im Abdruck wird gebeten.

Die Löhne der holländischen Arbeiter in Halle.

II.

Nachdem wir im ersten Artikel die Verwirrung, die in der Entlohnungsweise der holländischen Arbeiter in Halle herrscht, allgemein gekennzeichnet haben, bleibt uns noch übrig, auf verschiedene merkwürdige Einzelheiten aus der Zusammenstellung des Magazins einzugehen. Hierin vor allen Dingen soll und wird nachgewiesen werden, daß in der Praxis der holländischen Betriebe das System der Viechöfener, das würdevollen Kunden vor der Autorität des Vorgesetzten von oben gesetzt wird. Weil man dieses fälschliche System zur Aufrechterhaltung der Disziplin und dergleichen nötig zu haben glaubt, deshalb war ein so scharfer Widerstand gegen die Einführung von Lohnlisten, die für die Beamten selbstverständlich sind, in den mit dem Gegenstand beschäftigten Stabverordnenleistungen zu verzeichnen.

Vom Hochbauamt mit seinen Monatslöhnen und nur einem in Stundenlohn beschäftigten Arbeiter können wir in diesem Zusammenhang absehen. Aber gleich beim Ziebauamt, unter dem Namen *Beleerarbeiteer*, heißen wir auf einige recht bemerkenswerte Beschäftigten. Vier Arbeiter (Steinleger) erhalten 54 Pfg. pro Stunde, zwei Arbeiter 53 Pfg., drei 50 Pfg., einer 48 Pfg., einer 46 Pfg. und einer 40 Pfg. Bei zwei Arbeitern, die 53 Pfg., einem, der 50 Pfg., und einem, der 46 Pfg. verdient, wird die Bemerkung gemacht, daß es sich um ältere Leute mit minderwertigen Leistungen handle. Schön. Sehen wir von dem allgemein antijohannalen Charakter dieser Bemerkung ab. Warum aber verdient ein Arbeiter, der keine „minderwertige Leistungen“ bietet und 13 volle Jahre vom Ziebauamt beschäftigt ist, nur 43 Pfg., während ein anderer, der ein Jahr dabei ist, 64 Pfg. pro Stunde erhält? Ein anderer ist 12 Jahre beschäftigt und erhält 50 Pfg.; von minderwertigen Leistungen ist bei ihm nicht die Rede. Dagegen erhält ein anderer, der drei Jahre weniger da ist und

angehlich minderwertige Leistungen bietet, auch seine 50 Pfg. Die vier Arbeiter, die je 64 Pfg. Stundenlohn erhalten, sind alle nicht solange im Betrieb, wie die eben erwähnten, die weniger Lohn erhalten. Was wird sonderbaren Grund haben muß da wohl vorhanden werden bei Verteilung von Lohnzulagen? — Bei den ungeliebten Arbeitern in demselben Betriebe sind die Unterschiede noch trasser. Gleich bei den sogenannten Vorarbeitern ergibt sich folgendes: Die sechs Mann erzielen an Stundenlöhnen 47, 46, 44, 42 und 38 Pfg., also alle verschieden. Der den höchsten Lohn erzielt, ist 8 Jahre dabei; nach ihm folgt einer mit 21 Jahren, weshalb erhält der 1 Pfg. weniger? Nach 13-jähriger Tätigkeit erhält einer 40 Pfg., der andere 42 Pfg., dagegen hat der fünfte schon mit 9 Jahren Dienst 44 Pfg. Stundenlohn erreicht. Der 38 Pfg. verdient, ist ein Jahr beim Ziebauamt. Nun folgt eine lange Reihe von 77 „gewöhnlichen“ Arbeitern, die von 41 Pfg. bis herab zu 26 Pfg. Stundenlohn erhalten. Rechnen wir einmal zwei Gruppen unter ihnen. Die über 35 Pfg. Stundenlohn erhalten, sind durchschnittlich 5 Jahre beschäftigt, die weniger erhalten, sind durchschnittlich 4,38 Jahr beschäftigt. Das Verhältnis wird sehr ungünstig der höheren Stufe verschoben durch drei Arbeiter, die zusammen 70 Jahre beim Ziebauamt beschäftigt sind. Rechnen wir diese drei ab und von der anderen Gruppe ebenfalls die drei „Dienstältesten“, dann ergibt sich folgendes: Die höhere Gruppe war durchschnittlich 3,38 Jahre im Dienst, die niedere 3,7 Jahre. Was will man da die großen Lohnunterschiede rechtfertigen? Auch im einzelnen ergeben sich die sonderbarsten Dinge. Da hat einer, der drei Jahre da ist, zwei Lohnzulagen von zusammen 8 Pfg. erhalten, ein anderer, der 14 Jahre im Betriebe ist, in derselben Zeit nur 3 Pfg. Ein seit vier Jahren Beschäftigter erhielt gar drei Lohnzulagen seit 1907, gleich hinter ihm ist einer verzeichnet mit 12-jähriger Dienstzeit und einer Zulage von 1 Pfg. im Jahre 1907! Anderer wieder haben während glücklicher Kameraden mit erst einjähriger Beschäftigungszeit schon Zulagen einheimen dürfen. Nach den Pässen geordnet erhalten: 1 Mann 41 Pfg., 3 Mann 40, 4 Mann 39, 6 Mann 38, 12 Mann 37, 15 Mann 36, 23 Mann 35, 4 Mann 34, 2 Mann 33, 1 Mann 32 1/2, 1 Mann 32, 4 Mann 30 und 1 Mann 26 Pfg.!

Die städtische Gartenverwaltung hat für ihre Arbeiter so etwas wie eine Lohnliste festgelegt, deren Bestimmungen aber durch einige dahinter gegebene „Erläuterungen“ so gut wie aufgehoben werden. Die Scala besagt folgendes: Für Arbeiter beträgt der Anfangslohn 3 M. pro Tag, nach 3 Jahren 3,20 M., nach 6 Jahren 3,40 M., nach 9 Jahren 3,60 M., nach 12 Jahren 3,80 M., die zugleich die Spätsätze betreffen. Vorarbeiter erhalten auf diese Scala je 30 Pfg. mehr pro Tag mehr. — Gärtnergehilfen erhalten als Anfangslohn 3,50 M. pro Tag, nach 3 Jahren 3,80, nach 6 Jahren 4,10 M., nach 9 Jahren 4,40 M., nach 12 Jahren 4,70 M., nach 15 Jahren 5 M. Obergehilfen erhalten auf diese Scala je 40 Pfg. Zulage pro Tag. In den näheren Erläuterungen heißt es nun, daß Leute im Alter von 60 Jahren und darüber nicht mehr aufzünden. Ferner: Jugendliche Arbeiter bis zu 20 Jahren und Gärtner bis zu 22 Jahren, ebenso wie Aufseher und Arbeitsfrauen rüden nicht nach der Scala auf, sondern deren Lohnfestsetzung ist Sache der Gartenverwaltung. Sodann heißt sich die Verwaltung vor, Leute, die sich nach ihrem Eintritt als besonders gewandt und fleißig zeigen und deren Erhaltung als hängige Leute für den Betrieb erwünscht erscheint, früher in die nächsthöhere Lohnstufe 8,20 zu versetzen. „Leute, die sich gewandt und fleißig zeigen“, wird von den Unternehmern und Vorgesetzten gewöhnlich in „liebe Kinder“ überführt. Leber die Arbeiterfrauen lesen wir in der Scala nichts, deren Lohn wird außerdem festgelegt. Die Gartenverwaltung dehnt den Begriff jugendliche Arbeiter, der allgemein bis zu 18 Jahren gilt, nach Sachverhaltebeispiel auf 20 Jahre aus. Weshalb die Gärtner noch um eine dreijährige Staffel weiter gelangen können, als die Arbeiter, die ohnehin wesentlich geringere Steigerungen erhalten, ist unverständlich. Für einen holländischen Betrieb ist es auch recht besorgniserregend, daß er den untergeordneten Arbeitern mit auf Deutscher Fuß zu versetzen gibt, daß sie bei ihm das „Gnadenwort“ essen.

Vergleichen man nun aber die wirklichen Löhne mit dieser Scala und diesen Grundzahlen, so muß man mit dem Kopfe schütteln. Wir haben bei dieser Vergleichung, um nur einiges anzuführen, auf folgende Wertminderungen. Bei den Aufsehern sind ganz unangelegte Unterschiede vorhanden. Ein Stillschlepper erhält 20 Pfg. (spannig!) Stundenlohn, ein Aufseher, der drei Jahre da ist, 28 Pfg. Mit 4 Jahren erhält ein Aufseher 30 Pfg., einer mit 7 Jahren 35 Pfg., einer mit 6 Jahren ebenfalls 35 Pfg., wieder ein — Aufseher mit zwei-jähriger Dienstzeit 20 Pfg., ein Vorarbeiter mit 11 Jahren Dienstzeit 39 Pfg. — Dann ist da ein Arbeiter, der volle 25 Pfg. Stundenlohn erhält, nachdem er gemeinlich um zusammen 7 Pfg. aufgehört hat. Er war mit 18 Pfg. Stundenlohn eingestellt! Ein Arbeiter, der 11 Jahre be-

schäftigt ist, erhält 30 Pfg., einer mit 8 Jahren 28 Pfg. Arbeiter mit einem Jahre Beschäftigung bekommen 30 Pfg., solche mit drei Jahren nur 20 Pfg. — Auch bei den Gärtnern herrschen die sonderbarsten Unterschiede. Da ist einer mit fünf Jahren Beschäftigungszeit und 35 Pfg. Stundenlohn, vor drei Jahren noch erhielt er 25 Pfg.! Gleich hinter ihm steht ein Gärtner verzeichnet mit vier Jahren Beschäftigung und — 40 Pfg. Lohn. Ein anderer ist auch vier Jahre da und bezieht 35 Pfg. Wieder einer mit einem Jahr hat auch 35 Pfg. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Aus ihnen erhellt ein Schluß der Gerechtigkeit und Besorgung, wie man es in einem holländischen Betriebe nicht erlauben sollte. Was die von der Gartenverwaltung beschäftigten Arbeiterinnen bekommen, wird in der Aufstellung nicht gesagt. Nach all dem Angeführten kann man nicht umhin anzunehmen, daß diese Löhne wegen ihrer Niedrigkeit der Öffentlichkeit nicht wohl unterbreitet werden können.

Ein Vertrag gegen die Steuerabnehmer

In der geschlossenen Sitzung der Stabverordneten am Montag wurde ein Vertrag zwischen dem holländischen Elektrizitätswerk und dem Eisenbahnministerium genehmigt, der in seinem ganzen Umfange eine Zurückführung der holländischen Steuerzahler, ja der Stadt als Betriebsabnehmer selbst, gegen eisenbahnstaatliche Interessen bedeutet. Es handelt sich um Lieferung elektrischer Energie aus dem holländischen Elektrizitätswerk an die Eisenbahndirektion Halle für deren Anlagen am Orte.

Der von den Stabverordneten genehmigte Vertrag gilt zunächst auf drei Jahre. In der Begründung wird gesagt, daß mit einer Abnahme von einer Million Kilowattstunden und ein jährlich zu rechnen sein wird. Die Eisenbahnerverwaltung würde demnach der großen Abnehmer elektrischer Energie von der Stadt sein. Nun läßt sich selbstverständlich nicht dagegen einwenden, wenn das Elektrizitätswerk sich bemüht, seine Anlagen sofort möglichst vollständig auszunutzen. Ebenso ist völlig klar, daß einem so großen Abnehmer besondere Vorteile eingeräumt werden können und müssen. In diesem Weltreue darf aber nicht soweit gegangen werden, daß zunächst einmal jede Rentabilität für die Stadt ausgeschlossen ist und daß die Gesamtheit der vorhandenen Abnehmer stark zurückgeworfen wird.

Schon die Art der Einbringung der Vorlage mußte stuhig machen. Daß sie wichtig ist, wird niemand bestreiten. Ausgerechnet ein einziger Tag vor Beginn der Stabverordneten-Sitzung erhält die Verwaltung Kenntnis von der Vorlage und in geschlossener Sitzung soll sie durchgeprüft werden. Die Kritik unserer Genossen an diesem Verfahren war daher sehr berechtigt. Ein gründliches Studieren der Vorlage auf alle ihre Konsequenzen hin blieb einfach ausgeschlossen. Und doch sind diese Konsequenzen so gefährlich wie nur je. Das geht indirekt schon daraus hervor, daß die Begründung sehr farg ist und mehr verspricht, als hat. Aber eins wird in ihr gesagt, das zum mindesten zum Nachdenken anregt. Es soll der Eisenbahnerverwaltung die Stromrechnung nicht höher angedreht werden, als mit 7 Pfg. ein Tag. Ein Unterschied zwischen Licht und Kraft wird gemacht. Wir müssen aber annehmen, daß beide Verwendungsarten der elektrischen Energie vorgesehen sind, denn es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Eisenbahnerverwaltung in ihren Verhältnissen oder auf dem Bahnhof von zwei Erzeugern gelieferte Elektrizität verwenden will.

Nun aber ist zu fragen, was andre Verbraucher für die Stromzufuhr zu zahlen haben. Rechnen wir einmal die Stadt selbst. Das ergibt sich a. B. aus dem Bericht des Stadthauptmanns, daß hier für die Stromzufuhr durchschnittlich je 1,6 Pfg. bezahlt werden. Also zahlte die Stadt 9 Pfg. mehr pro Kilowattstunde, als die Eisenbahnerverwaltung. Der Bericht des Elektrizitätswerkes pro 1908/09 weist aus, daß pro Kilowattstunde 19,8 Pfg. durchschnittlich gezahlt werden mußten, für Kraft allein immer noch 11,9 Pfg. Aus dem Bericht der Genossenschaftsbankerei, die elektrische Energie von der Stadt bezieht, läßt sich berechnen, daß von ihr, die viel mehr Kraft als Licht verbraucht, 18,4 Pfg. pro Kilowattstunde gezahlt wurden. Es darf also als feststehend erachtet werden, daß die Stadt als größter Verbraucher elektrischer Energie und alle privaten Verbraucher mehr über 100 Prozent mehr dafür zu zahlen haben, als der Staat!

Die Begründung sagt, daß mit Rücksicht auf die Kosten der Selbstherzeugung von 1 Million Kilowattstunden nicht mehr als 7 Pfg. genommen werden dürften. Die Selbstherzeugung ist doch aber gar nicht so billig. Am 1. April 1902 wurden von holländischen Elektrizitätswerk etwa 1 Million Kilowattstunden erzeugt. Der Durchschnittspreis für Licht und Kraft betrug damals 28,3 Pfg. pro Kilowatt, oder 15,6 Pfg. für Kraft allein. Das Wert wird doch damals nicht mit 300 Prozent Verdienst gearbeitet haben! Wir behaupten, daß auch heute trotz aller technischen Fortschritte — d. h. unter Einrechnung der Generaluntkosten! — der Preis von 7 Pfg. pro Kilowattstunde nicht die Selbstkosten betrug. Die Stadt gäbe demnach also dem Eisenbahnministerium auf Kosten der Steuerzahler ein Geschenk! Hiergegen wird auch in der Begründung gesagt, daß mit der Lieferung der

Saison-Räumungs-Verkauf.

Ein grosser Posten
Abschnitte für Blusen und Kleider,
sowie Roben knappen Massen
enorm billig.

Von den zur Räumung gestellten Artikeln empfehlen als hervorragend vorteilhafte Unterpreis-Angebote:

- Posten **Leinen-Kostüme** 9⁷⁵
reich mit Entredeux garniert jetzt 9⁷⁵
- Posten **Reise-Kostüme** 16⁵⁰
1a. Stoff, beste Verarbeitung jetzt 16⁵⁰
- Posten **schwarze Tuch-Paletots** 15⁰⁰
geschweifte Form, 1a. Verarbeitung jetzt 15⁰⁰

- Posten **mit. Seidenbatist-Blusen** 1⁸⁵
modern garniert jetzt 1⁸⁵
- Posten **Mousseline-Blusen** 4⁵⁰
reine Wolle, neue Dessins jetzt 4⁵⁰
- Posten **Kostümröcke** 7⁵⁰
in marine und englischen Stoffen jetzt 7⁵⁰

Bedeutende Preismässigung für Mädchen-Kleider und Knaben-Anzüge.

Brummer & Benjamini

22/23 Gr. Ulrichstrasse 22/23.

Der Brand entfiel in den niedriger gelegenen Räumen, in denen Baumwollkörner aufgeschleppt waren. Die schreienden Dampfströme stoben auch dem Feuer vollständig machtlos gegenüber. Ein Feuerwehmann ist bei den Rettungsarbeiten ums Leben gekommen, einige andere haben erhebliche Verwundungen erlitten. Der Schaden wird auf zwei Millionen Mark berechnet, ist aber durch Versicherung gedeckt.

Eisenbahnunfälle.

Auf dem Bahnhof Nannepffel (Meinland) fuhr eine Lokomotive einem Personenzuge in die Flanke, wodurch sechs Wag-

wagen in den Graben gefahren und drei total zerstört wurden. Der Lokomotivführer wurde sehr schwer, ein Zeiger sowie mehrere Passagiere leicht verletzt. Auf der Donnalbahn in Tzoi entgleiste aus unbekannter Ursache ein Zug. Zwei Wagen stürzten über den Bahndamm, einer kam auf das Dach zu liegen. Die Besten sind verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Amerikanische Hitze.

Ganz Nordamerika hat noch immer unter der fürchterlichen Hitze zu leiden. Die Temperatur ist andauernd fast unerträglich.

171 Personen der Hitze erliegen. Die Einwohner, die sich nicht nach den Bergen oder dem Strande bewegen können, verbringen die Nächte an Feuerhäfen und Wagnungen auf offener Straße, in den Parks usw., wo sie Abkühlung suchen.

Für die Weite mit Einlagen ist als zweckmäßigste Maßnahme zu empfehlen. Es ist leicht auszubereiten, lange haltbar, macht die Schwämme leichter verdaulich und schützt vor den gefährlichsten Darmkrankheiten.

Walhalla-Theater
Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
Nur noch Mittwoch u. Donnerstag:
Der gewisse Augenblick. Ehe- geschichten.
Der ledige Ehemann. Schwank von Klinger und Taussig.
Ferd. Grünecker als Verteidiger in Strafsachen.
Nie dagewesener Lachterfolg! Täglich ausverkauft!

Möbel-Fabrik
der
Vereinigt. Tischlermeister.
Kl. Steinstrasse 6.
empfiehlt ihre Fabrikate zu festen und soliden Preisen.
Kinderstuhl (verstellbar) zu verkaufen Steinweg 44 101.

Rucksackstützen
„Touristenfreund“.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.
Albrecht Köhnitz,
Zeit, Brühl
empfiehlt sein groß. Lager all. Arten
Kerren- u. Knaben-Garderoiben
zu beschriebenen Preisen.
Apotheker Ulmer, Halle a. S.
Naturheil- u. Homöopath. Praxis.
Schneider u. plastischer Erfolg bei Gichtschmerzen, Nervenleiden, allen Nervenleiden, Frauenleiden, Epilepsie, Sichel, Asthma, Nervenleiden, Darm- u. Lungenleiden! Auch kinderspezif. Sprechtst. 11-3 Uhr. Mansfelderstrasse 60, 1.

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Poller.
Gastspiel des Samstags Schauspiel-Ensembles.
Sente, den 6. Juli, zum 1. Male:
Der tollste aller Schwänke:
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas.
Anfang 8,15 Uhr. Gewöhnliche Preise! Ende 11 Uhr.

Verband der Maler und Lackierer Filiale Halle a. S.
Sonabend den 9. Juli 1910, nachm. 3 Uhr, im Volkspark:
Feier des 25jähr. Bestehens unseres Verbandes.
Dasselbst Konzert, Kinderspiele, Preisgegnen und Blumenverlosung.
Abends: **Theater und Ball.**
Hierzu ladet freundlichst ein Das Komitee.

Kauf
Papier, Bücher, Lampen, Eisen, Gummi, Metalle u. Felle.
Herm. Rein,
Halle-Giebichenstein,
Königsberg 5. Tel. 2409.

Eine Frage
an die Braut- und Ehepaare?
Kauf Sie Ihre Ausstattungs-Möbel
gegen bar oder auf bequeme Teilzahlung?
In beiden Fällen ist es für Sie von größtem Vorteil, meine gebiegene Arbeit-Ausführung zu befehlen. - Rein Kaufswang!
Anzahlung der ersten Teil.
Küchenschranke und ganze Küchen, Betten, Schlafzimmer, sowie sämtliche Polsterwaren, Tisch- und Bettdecken, Teppiche, Gardinen, Uhren, Bilder, Spiegel.
V. Teicher,
Oleariusstrassen-Ecke, Grasenweg 8.
Verlangen Sie per Postkarte Katalog!

Metallarbeiter
Sonabend den 9. Juli abends 8 1/2 Uhr in Hensels Restaurant, Unterberg 12
Öffentliche Versammlung der Klempner und Installateure.
Stellungnahme zur Antwort der Innung.
Folgende: Da wichtige Beschlüsse gefasst werden sollen, ist vollständiges Erscheinen der gesamten Kollegen notwendig. In dieser Situation muß Einnigkeit und Gehörlichkeit vorhanden sein und darum setze ich jeder für guten Besuch der Versammlung.
Die Vorstandsleitung.

Zeit Gewerkschaftskartell Zeit.
Freitag den 8. Juli abends 8 Uhr im St. Stephan
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1910. - 2. Bericht von der Konferenz betr. Monatsd. - 3. Bericht des Vorstands.
Der Vorstand.

An- und Verkäufe
Möbel: Stiebertische, 35 Wl., Spiegel m. gold. Bl. 10 Wl., Sofa, Bett, Trüger, Tisch, Stühle, Küchenschrank, billig zu verkaufen. August Hesse, Geißstr. 31.
Anschaffungskosten Volksbuchhandlung, Volksbuchhandlung, Halle a. S.
Berg, Donnerstag: Schlaohfest. Th. Janusch, Zell, Beklagstrasse 18.
Prächtig-Drilling verieren. Gen. hohe Verbindung abzugeben bei: G. Rohde, Bad Wittkind.

Weissenfels.
Sozialdemokratischer Verein.
Donnerstag den 7. Juli, abends 1/9 Uhr im „Volkshaus“:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über das Parteiprogramm (1. Teil). 2. Bericht des Vorstands. Das zahlreiche Erscheinen der Mitglieder ermahnt.
Der Vorstand.
NB. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß am Donnerstag den 28. Juli die **General-Versammlung** des Vereins stattfindet mit folgender Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Anträge und Berichtendes. D. D.

Konsum-Verein Leuchern,
e. G. mit beiderseitiger Haftung.
Sonntag den 17. Juli 1910, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
im Gasthof zum grünen Baum.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Unterabstand in Köben. 2. Bericht der Rechnungsabteilung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über die General-Versammlung der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine in München. 3. Wahl eines Vorstandsmittglieds nach § 4 des Statuts (Geschäfts-führer). 4. Wahl von 4 Aufsichtsratsmitgliedern nach §§ 15 u. 16 des Statuts. 5. Anträge der Mitglieder. Derselben müssen 5 Tage vor der General-Versammlung in den Händen des Aufsichtsrats sein.
Leuchern, den 5. Juli 1910.
Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins Leuchern.
E. Scheller, Vorsitzender.

Arbeitsmarkt
Tüchtige Former u. Kernmacher gesucht. Gutsbercker & Co., Fritz, Böhm & Co., G. m. b. H., Artilleriestr. 6.
6000-Rohr (Gr. Brunnentstr. 3a). 5. Juli.
Aufgehoben: Amharterner Palast u. Clara Schönbrodt (Leipzig) und Brunnentstr. 32. Arbeiter Dornack u. Dornack (Seebenerstr. 20a).
Ersuchen: Rechtsanwältin Genger L. (Seebenerstr. 5/6). Gärtner Laube L. (Seebenerstr. 1b). Wirtlicher Weiler E. (Große Seebenerstr. 3). Arbeiter u. Dekorateur Gausch G. (Wittendorferstr. 22). Glendehrer Anore L. (Friedrichstr. 5). Arbeiter Müller L. (Abdottenweg 19). Zimmermann Sturm E. (Wittendorferstr. 11). Arbeiter Brandt, Sohn (Weißstr. 7). Sparkassen-Affistent, Demig L. (Weißstr. 68). Zimmermann Schürer L. (Gr. Brunnentstr. 56). Stabbaumeister Weh E. (Wittendorferstr. 11). Kgl. Eisenbahntechniker Müller E. (Wittendorferstr. 6). Feuerwehmann Gerdien E. (Seebenerstr. 27). Gekochter Sellners Wicht L. 8. Monate (Wittendorferstr. 27). Arbeiter Meise E. (Seebenerstr. 11). Strafanwaltschaftlicher A. Köpfer L. 76 Jahre (Wittendorferstr. 11). Wirtlicher Weiler E. 73 Jahre (Wittendorferstr. 11). Wirtlicher Weiler E. 73 Jahre (Wittendorferstr. 11).

Deutscher Holzarbeiter-Berband
Zahlstelle Zeitz.
Sonabend den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Kampffeld:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht vom Vorstandstag in München. 2. Bericht vom Kartell. 3. Berichtendes.
Die Versammlung beginnt pünktlich. Alle Mitglieder eruchen wir zu erscheinen.

+ EHEUTE +
verlangen meine anerkennende Schrift „Des Rätsels Lösung“ (Goldene Worte für Eheleute) gratis, franco, ohne Abender.
C. Klappenberg, Halle a. S., er. Ulrichstr. 41.
Gute Sacco-Arbeiter
auf Werkstatt gesucht.
Albert Drechsler Nachf., Poststr. 21.
Wir verlegen heute Wohnung und Bureau nach
Wittekindstrasse No. 21.
Concordia, Hannoversche Feuer-Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit in Hannover.
General-Agentur Halle a. S.
Albert Gehler.

Das Einmachen der Früchte
und die Zubereitung von Fruchtsäften, Getränken, Likören etc.
Ein reichhaltige Sammlung von bewährten Rezepten.
Preis 30 Pfennig.
Pergamentpapier,
2 Bogen 15 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks- Buchhandlung,
Halle a. S., Herz 42/43.

Satin-Reisekissen
zum Aufblasen, 2,50 M., 3,50 M.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.
Herrenschreibisch,
Berita, Meiderferort, Stegisch, Mohrtische, Trunauer-Spiegel, Flügel, Ventur, Bieder, St. Gallen, Ausgezeichnet, Spiegel mit Schränken, Plüsch, Bettstellen u. Matras, Weisliche, Radischentische, Räder-Einrichtung, Bierstische, alles in sehr gutem Zustande, sehr billig.
Friedrich Peileko,
Telephon 2450. Geißstr. 25.

G. Schaible,
Möbelfabrik,
Gr. Märkerstrasse 26.

Weissenfels.
Meiner wertigen Rundschaft teils hierdurch ergeben mit, daß ich 3-4 mal täglich, direkt aus der Münderlei eintreffende, beste Weinsauerklette f. Sandler.
Ernst Großstück und Frau Weissenfels, den 5. Juli 1910.
Zeitz.
Hamburger Fischhalle.
Größtes Fisch-Spezialgeschäft am Platz.
Große Auswahl in frischen Seefischen zu billigsten Tagespreisen. F. Sauerwaren, tägl. 3-4 mal frisch, direkt aus der Münderlei eintreffende, beste Weinsauerklette f. Sandler.
Hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich seit dem 1. Juli das von Herrn Otto Grunert geführte **Vorkost-Geschäft** übernommen habe. - Es wird mein Bestreben sein, das mich bereichernde Publikum freudig recht zu bedienen und emsig mit dem geneigten Wohlwollen.
Zeitz
Oscar Litzmann, Leipzigerstr. 110.

Standsamtlie Nachrichten
Galle-Süd (Steinweg 2) 5. Juli.
Aufgehoben: Arbeiter Knaack und Ida Wittig (Schmidstr. 24). Kaufm. Schmidt u. Marie Bräuer (Schmidstr. 18). Versicherungs-Oscar Litzmann, Leipzigerstr. 110.

Markttaschen
von 20 Pf. an.
Hugo Nehab
Nachl.
Gr. Ulrichstr. 27,
obere Leipzigerstr. 66.
Auf Firma und Hausnummer nicht genau zu achten.

Braunbier,
täglich frisch, empfiehlt
Günthers Brauerei.
Jeden Donnerstag
Sollateste f. F. Haas,
3. Vorstr. 13. Tel. 1666.

Wohnungs-Einrichtungen,
einzelne Möbel,
Katalog gratis und franko.
Touristen-Gamaschen
2,75 M., 3,75 M.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Warienburg,
welches ich von Herrn Laue gekauft habe, nicht bebaut sein und teilweise am heutigen Tage wieder aufgeben will.
Dodachungsbau
Ernst Großstück und Frau
Weissenfels, den 5. Juli 1910.
Zeitz.
Hamburger Fischhalle.
Größtes Fisch-Spezialgeschäft am Platz.
Große Auswahl in frischen Seefischen zu billigsten Tagespreisen. F. Sauerwaren, tägl. 3-4 mal frisch, direkt aus der Münderlei eintreffende, beste Weinsauerklette f. Sandler.
Hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich seit dem 1. Juli das von Herrn Otto Grunert geführte **Vorkost-Geschäft** übernommen habe. - Es wird mein Bestreben sein, das mich bereichernde Publikum freudig recht zu bedienen und emsig mit dem geneigten Wohlwollen.
Zeitz
Oscar Litzmann, Leipzigerstr. 110.

Für die Inserate verantwortlich: H. v. S. G. - Druck des Halle'schen Genossenschafts-Verlags (G. m. b. H.) - Postlagerl. vom Aug. 1910, Nr. 13, 14, 15 - G. m. b. H. a. S.

